

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Peter Steinbach

Der 9. November in der deutschen Geschichte
des 20. Jahrhunderts und in der Erinnerung

Hans-Hermann Hertle

Der Fall der Mauer – Sternstunde einer
friedlichen Revolution

Peter Förster

Die 25jährigen auf dem langen Weg
in das vereinte Deutschland

Ergebnisse einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie
bei jungen Ostdeutschen

Klaus-Peter Schwitzer

Ältere und alte Menschen in den neuen Bundesländern
im zehnten Jahr nach der Wende

Eine sozialwissenschaftliche Bilanz

B 43–44/99

22. Oktober 1999

Peter Steinbach, Dr. phil. habil., geb. 1948; Professor für Historische Grundlagen der Politik an der Freien Universität Berlin und Leiter der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte an der FU Berlin; Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Nationalsozialistische Gewaltverbrechen in der öffentlichen Auseinandersetzung der Nachkriegszeit, Berlin 1981; (Hrsg.) Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren, München 1984; Widerstand im Widerstreit: Die Deutschen und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Paderborn 1994 (2. Aufl. 1999); (Hrsg.) Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 3. Aufl., München 1994.

Hans-Hermann Hertle, Dr. phil., geb. 1955; Studium der Politikwissenschaft und Geschichte in Marburg und Berlin; Zeithistoriker, Sozialforscher und wissenschaftlicher Publizist in Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstaflösung des SED-Staates, Opladen 1996 (2. Aufl. 1999); Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 1996 (7. Aufl. 1998); (zus. mit Jürgen Kädler) Sozialpartnerschaft und Industriepolitik. Strukturwandel im Organisationsbereich der IG Chemie-Papier-Keramik, Opladen 1997; (zus. mit Gerd Rüdiger Stephan) Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997 (4. Aufl. 1999); (zus. mit Kathrin Elsner) Mein 9. November. Der Tag, an dem die Mauer fiel, Berlin 1999.

Peter Förster, Prof. Dr. sc., geb. 1932; bis 1990 Abteilungsleiter am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig, seit 1991 Mitarbeit an Projekten der Jugendforschung.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Walter Friedrich) Jugend Ost – zwischen Hoffnung und Gewalt, Opladen 1993; (zus. mit Walter Friedrich) Jugend im Osten. Politische Mentalität im Wandel, Leipzig 1996; (Hrsg. zus. mit Uta Schlegel) Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, Opladen 1997; (Hrsg. zus. mit Walter Friedrich und Kurt Starke) Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin 1999.

Klaus-Peter Schwitzer, Dr. sc. phil., geb. 1946; Oberassistent am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Gunnar Winkler) Altenreport '92, Berlin 1993; Das Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR in und nach der Wende, in: Hans Bertram (Hrsg.), Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außeruniversitären soziologischen Forschung in Ostdeutschland, Opladen 1997; Ungleichheit und Sozialpolitik in den neuen Ländern. Systemvergleich und akkumulierte sozialpolitische Perseveration, in: Berliner Journal für Soziologie, 7 (1997) 4.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: ag2@bpb.de

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Der 9. November in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und in der Erinnerung

I.

Gedenktage bieten nach Theodor Heuss eine Möglichkeit, sich im grundsätzlichen Nachdenken über die Vergangenheit von den Zwängen des Alltags zu lösen. Allerdings entstehen in einer pluralistischen Gesellschaft nicht selten gerade im Umfeld von Gedenktagen neue und vehement ausgetragene politische Konflikte auf Grund von Kontroversen über die Vergangenheit. Sie sind, so zeigt sich rasch, nicht immer das Ergebnis umstrittener Deutungen, sondern spiegeln unvermeidlich die Vielschichtigkeit der Geschichte selbst wider. Weil sie offen ist, eröffnet sie eine Fülle von Alternativen, die in nachfolgenden Generationen nicht selten derart intensiv erörtert werden, als handelte es sich um gegenwärtige Optionen politischer Entscheidung. Und weil viele Menschen ganz unterschiedliche Erinnerungen mit Ereignissen und deren Folgen verbinden, kann es nur vielfältige Deutungen der Vergangenheit geben.

Geschichte ist deshalb sehr oft ebenso umstritten wie umkämpft. Sie wird zum Politikum und dient dann weniger der Besinnung und Versöhnung als der Zuspitzung von Gegensätzen durch die Produktion von Schlagwörtern¹. Nicht selten prägt die Umstrittenheit auch das öffentliche Gedenken selbst. Besonders deutlich wurde dies am 50. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Können und dürfen wir von „Zusammenbruch“ und „Niederlage“, von der „Stunde Null“ und „Neuanfang“, von „Katastrophe“ sprechen, oder sollten wir „Befreiung vom Nationalsozialismus“ vorziehen? Diese Vielfalt von Begriffen ist nicht allein Ausdruck des semantischen Kampfes um die öffentliche Meinung, sondern Ausdruck ganz unterschiedlicher Erfahrungen, die lebensgeschichtliche Bezüge aufweisen und sich dennoch von der Systemgeschichte nicht trennen lassen.

Für Klaus Kunkel, der als ehemaliger Verlagskoordinator des Instituts der Deutschen Wirtschaft früh auf die Vielfalt des 9. November hinwies und die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte in ihrer Breite und Widersprüchlichkeit förderte.

¹ Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Schlüsselwörter in der Geschichte*, Düsseldorf 1978.

Dieses Spannungsverhältnis zeigt sich auch, wenn wir den 9. November als deutschen Gedenktag betrachten. Denn er verlangte stets eine Stellungnahme angesichts vielschichtiger Ereignisse und ihrer Verkettungen – für oder gegen die Republik von Weimar, für oder gegen die Nationalsozialisten, für oder gegen die individuelle oder kollektive Verantwortung für das Unrecht der Judenverfolgung, für oder gegen die deutsche Einheit, den SED-Staat, die Ordnung des Grundgesetzes und die Selbstbestimmung der Deutschen. Als Gegenstand erinnernder Reflexion fordert dieser Tag sogar nachträglich zur Entscheidung auf. Zudem standen alle Ereignisse in einem Zusammenhang und entzogen sich dem partiellen Gedenken und einem Erinnern, welches einen Aspekt zu isolieren suchte. Das ist das Erinnerungspotential dieses Tages und macht seine Chance aus. Zugleich liegt in dieser Besonderheit möglicherweise auch die Erklärung dafür, daß es dieser Tag schwer hat, in seiner Vielschichtigkeit wahrgenommen und akzeptiert zu werden.

Die Ambivalenz von Gedenktagen erschwert die Zelebrierung des Gedenkens und macht die Inszenierung der Erinnerung zum immer wieder umstrittenen Politikum. Erinnern wird im politischen Gegeneinander zunehmend fragwürdig und ruft nicht selten Widerstände hervor, die sich bis zum vehement ausgetragenen Historikerstreit steigern können, der weniger auf die Zunft der Fachleute als auf die Öffentlichkeit zielt und ein Symptom problematischen Geschichtsverständnisses darstellt. Nicht zuletzt läßt sich dies in Deutschland spüren, wo man seit etwa 20 Jahren sehr intensiv über Gedenktage streitet. Der Streit um die Vergangenheit ist nicht neu. Geschichts-, gedenk- und erinnerungspolitische Auseinandersetzungen prägten die fünfziger Jahre allerdings wesentlich weniger als die sechziger und siebziger Jahre². Und in den achtziger und neunziger Jahren nahmen die Auseinandersetzungen zur Vergangenheit derart zu, daß man von „Geschichtspolitik“ zu sprechen begann. Vorherrschend waren lange zeitgeschichtliche Kontroversen, die vor allem Fragen der politischen Gestaltung, etwa im Zusammenhang mit der befristeten und schließlich völligen

² Vgl. die grundlegende Arbeit von Peter Reichel, *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*, München – Wien 1995.

Aufhebung der Verjährungsfristen von NS-Gewaltverbrechen, berührten. Immer waren aber auch Deutungskonflikte spürbar. Strittig waren dabei nicht die Ereignisse, sondern deren Bewertung und tagespolitische Konsequenzen.

Im Streit über die Vergangenheit entstand immer wieder eine geradezu paradoxe Situation. Wurde einerseits der Anspruch erhoben, durch historisch-politisches Gedenken den Zusammenhalt von Gesellschaften zu stärken, so war das Ergebnis nicht selten ein heftiger politischer Streit um die Vergangenheit. Er hat manche Feierlichkeiten an Jahrestagen begleitet, weniger allerdings den 9. November. Die Erklärung liegt darin, daß der Jahrestag des 9. November in der Erinnerung nach 1945 durch das Novemberpogrom bestimmt wurde. Aus dem Blick war nämlich die Vielschichtigkeit dieses Datums geraten, die mit dem Mauerfall wieder bewußt wurde und weiter zurückschauen ließ. Nicht nur 1989 und 1938, sondern auch 1918 und 1923 hatte sich dieses kalendarische Datum in das Gedächtnis eingebrannt. So steht er für ganz unterschiedliche Erinnerungsanlässe und verkoppelt sie in der Deutung. Hier könnte die relativierende Vielfalt eines unterschiedliche Systembezüge aufweisenden Gedenktages wie des 9. November heilsam sein. Denn dieser Tag könnte durch die Vielfältigkeit der Erinnerungsanlässe zum einen das Systemübergreifende der Geschichte deutlich machen, die wir trotz aller „Sprünge“ und Epochengrenzen nur als Kontinuum zu denken vermögen, zum anderen aber auch die Differenziertheit des Zivilisationsbruchs ahnen lassen.

II.

Historiker können sich die Vergangenheit nicht zurechtschneiden, sondern sie haben die Aufgabe, die Vielfalt der Vergangenheit auch in ihrer Widersprüchlichkeit in das Bewußtsein ihrer Zeitgenossen zu rücken. So gesehen, bietet der Gedenktag eine große Chance für das „inszenierte Erinnern“, das Gedenken. Gewiß ist das Datum „9. November“ zunächst ein Zufall der Geschichte, dessen verschiedene Bezugspunkte sich zu einem sinnvollen Zusammenhang nur durch Reflexion und „Konstruktion“ verbinden lassen. Wenn es aber zu den Aufgaben des Historikers gehört, ein „herkömmliches und allzu bequemes Vergangenheitsverständnis richtigzustellen und zu problematisieren“³, dann bietet sich gerade dieser Tag dafür an. Denn die mit ihm verknüpften Ereig-

nisse fügen sich zu einem Spannungsbogen, in dem Chancen und Möglichkeiten deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert ebenso sichtbar werden wie das denkbar Negative einer menschlichen Gemeinschaft, die Diffamierung und Ausgrenzung, Verfolgung und schließlich Vernichtung Andersdenkender, mithin die jeweils ganz spezifische Realität eines inneren „moralischen“ und eines äußeren Zusammenbruchs der jeweiligen beiden deutschen „Anti-Zivilgesellschaften“.

Überdies aber ist zu fragen, ob sich nicht die Problematik des Erinnerns selbst am Beispiel dieses Tages verdeutlichen läßt? Wird nicht im 9. November der Charakter des 20. Jahrhunderts als Epoche radikal vollzogener Umbrüche sichtbar? Zu diesem Zweck muß man weiter ausgreifen und zunächst an den 9. November 1918 denken, der das Ende des Kaiserreichs markiert, das gleichbedeutend war mit der Geburtsstunde der Weimarer Demokratie. Das hat auch Konsequenzen für die Bewertung der NS-Zeit, die wiederum an das Ende der ersten deutschen Republik geknüpft bleibt. Denn immer wieder wurde das Ende der Weimarer Republik 1930/1933 als Folge eines verfehlten Anfangs 1918 gedeutet.

Die aus dem Bismarckreich hervorgegangene Wilhelminische Monarchie, die aus der Niederlage im Ersten Weltkrieg hervorgehende erste deutsche Republik, die aus dem Scheitern dieser Monarchie stets bedrohte und bekämpfte, am 9. November 1923 durch den „Hitlerputsch“ fundamental herausgefordert und gefährdete Republik – aus der letztlich doch die nationalsozialistische totalitäre Diktatur, aus der nach der Befreiung vom Nationalsozialismus der von den westalliierten Siegern ermöglichte freiheitliche Verfassungsstaat hervorging – verknüpft die beiden zuerst genannten „9. November“.

Der 9. November 1923 ist wiederum nicht zu trennen vom 9. November 1938, und dieser verweist auf die Notwendigkeit einer Überwindung des Nationalsozialismus. Diese ereignet sich erst spät, zu spät mit der Niederlage 1945, und auch nicht aus eigener Kraft der Deutschen. Die Niederlage führt in die staatliche Teilung, die zwar nicht erträglich ist, aber hingenommen wird als Konsequenz einer mißlungenen deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Mit der Teilung verbunden ist die Etablierung der DDR, der aus der Sowjetischen Besatzungszone hervorgehenden zweiten – diesmal sozialistischen – Diktatur, schließlich die Entstehung eines aus dem Zusammenbruch der DDR hervorgehenden vereinigten Deutschland.

³ Fritz Stern, Vier Tage im November, in: Johannes Willms (Hrsg.), Der 9. November. Fünf Essays zur deutschen Geschichte, München 1994, S. 84.

Damit steht der 9. November 1989 für die Überwindung der Teilung, die nicht zuletzt aus der NS-Gewaltpolitik begründet wurde. Insgesamt haben die deutschen „9. November“ immer auch einen Bezugspunkt in einem der jeweils anderen nachwirkenden Jahrestage des „9. November“ dieses Jahrhunderts.

Läßt sich diese vielfache, zunächst nur datumsmäßig bedingte Dimensionierung des Tages bündeln? Möglicherweise dann, wenn wir mit diesem Tag an politische und moralische Umbrüche erinnern, die sich gegenseitig bedingen und erklären. Systemumbrüche verlangen von den Bürgern Neuorientierungen. Diese können die Konsequenz gelungener Umorientierungen des politischen Weltverständnisses sein. Die Suche nach neuen Maßstäben und Koordinaten politischen Verhaltens ist nicht mit der Wendebereitschaft und viel zitierten „Anpassungsbereitschaft“ gleichzusetzen, sondern sollte als Ausdruck einer Bemühung um Maßstäbe neuer politischer Wegführung thematisiert werden. So markieren die Jahrestage des 9. November von 1918, 1923, 1938 und 1989 nicht nur einen Umbruch, sondern in ihnen erschließt sich mit der Vielzahl von Systemwandlungen auch eine Fülle politischer Reflexionsanlässe. Jeder der genannten Jahrestage verlangte von dem jeweiligen Zeitgenossen immer wieder aufs neue eine Klärung des grundsätzlichen Verhältnisses von Individuum und Staat. Das Nachdenken über jeden dieser Tage berührte so das politische Menschenbild und das politische Selbstverständnis des Einzelnen. Denn jede Verfassungsordnung propagierte neue Tugenden und Wertvorstellungen und berief sich dabei doch – beschwörend und zugleich oft distanzierend – auf die Vergangenheit.

Systemumbrüche sind eine wichtige Voraussetzung, die Reflexionen über diese ein wichtiger Umstand des politischen Wertewandels, und dies um so mehr, je grundlegender der politische Wandel ist. Dieser Wandel von Wertvorstellungen ist nicht, negativ formuliert, Ausdruck einer schleichenden Erosion oder sozialgeschichtlicher und mentaler Veränderungen, sondern die – positiv zu bewertende – Folge einer grundlegenden politischen Entwicklung, die mit dem zeitgeschichtlichen Wandel die Bezugspunkte politischer Erfahrung verändert. Er kann nicht als Ausdruck eines Verfalls beklagt werden, sondern begleitet einen Prozeß, der in die Tiefen und Krisen der deutschen Geschichte hinein – durch Reflexion und verantwortliches Handeln aber auch aus diesen herausführt. Er trägt letztlich zur Herausbildung demokratischer und freiheitlicher Verfassungsformen und zur Festigung der politischen Normen bei, die wir heute im Konzept der Zivilgesellschaft zusammenfassen. Die *Civil Society* ist immer auch das

Resultat einer Klärung des Verhältnisses zwischen Gegenwart und Vergangenheit. Sonderwege sind zu bewältigen und das Sonderbewußtsein zu überwinden, welches den Kontakt zu anderen Gesellschaften erschwert, und auch die „Pfadabhängigkeit“ der Gegenwart ist zu reflektieren, um ihre historische Bedingtheit von Gegenwart und Zukunft besser erfassen zu können. Nicht zuletzt geht es um historisch-pädagogisch reflektierte Handlungsmaximen, die zu begründen und zu beschwören sind.

Dazu bietet sich der 9. November in besonderer Weise an, denn er macht vieles zugleich deutlich:

- die Unverzichtbarkeit von Menschenrechten und die Folgen der rassistischen und politischen Entrechtung und Verfolgung von Mitmenschen für ein Gemeinwesen;
- die begrenzte Überlebensfähigkeit reformunfähiger Regime, die Unabdingbarkeit einer freiheitlichen Verfassungsordnung;
- das immer von jederzeit möglichen Übergriffen geprägte Spannungsverhältnis zwischen Staatsgewalt und Grundrechten, das im deutschen National- und Verfassungsstaat stets bewältigt werden mußte und prekär blieb;
- schließlich die Achtung, die in der internationalen Gemeinschaft ein Staat und seine Gesellschaft finden können, die sich der Vergangenheit stellen und durch die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen politischer Katastrophen und moralischen Versagens nicht nur Anerkennung, sondern auch Vertrauen schaffen.

Diese Deutung hat zur Voraussetzung, die Jahrestage des 9. November in einen Zusammenhang zu rücken und so aus der Isolation zu befreien, die Folge einer Konzentration auf nur eines der kategorialen Ereignisse – 1938 oder 1989 – sein müßte. Mit Blick auf die „ganze“ deutsche Geschichte zeigt sich:

- Der 9. November 1918 bezeichnet den Anfang einer republikanischen deutschen Geschichte und markiert das Ende der Untertanengesellschaft.
- Der 9. November 1923 steht für den Versuch, in Deutschland eine Diktatur nach italienischem Vorbild zu errichten, aber auch für eine erfolgreiche Abwehr dieses Staatsstreichversuches. Erst die Nationalsozialisten etablierten mit dem Jahrestag des Münchener Hitlerputsches ihren wichtigsten Gedenktag, um rückblickend ihre Niederlage in einen Sieg umzudeuten. Sie knüpften an den weit zurückliegenden 9. November 1918 an und deuteten ihn als Angriff auf die „Novem-

berverbrecher“. Deshalb steht dieser Tag in Verbindung mit der nationalsozialistischen Machtergreifung, aber auch mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8./9. Mai 1945. Für die Nachlebenden steht der 9. November 1923 für eine ganz andere Tendenz: Die NS-Zeit hat mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus begonnen. So rechtfertigt der Hinweis auf den 9. November 1923 das Konzept der abwehrbereiten und streitbaren Demokratie, die ihre Gegner zu bekämpfen weiß. „Wehret den Anfängen!“ als politisches Schlagwort bekommt von diesem Tag her einen Sinn.

- Der 9. November 1938 machte deutlich, wie rasch aus dem Mitmenschen ein Gegenmensch werden kann. Der Tag bietet einen sichtbaren Bezugspunkt, der mit dem Völkermord an den Juden, den Roma und Sinti sowie der Ermordung Geisteskranker aus rassenideologischen Gründen einen Endpunkt hatte. Er diente immer wieder der zivilisatorischen Selbstverpflichtung der deutschen Nachkriegsgesellschaft.
- Der 9. November 1989 sichert eine freiheitliche Lebensordnung für ein vereinigtes Deutschland. Er ist nicht denkbar ohne die Überwindung der Angst vor einer repressiven Staatsmacht und symbolisiert den einzigen gelungenen Massenaufstand deutscher Geschichte. Der Ruf „Wir sind das Volk“ steigert sich zum trotzigem Bekenntnis: „Wir sind ein Volk“ und beendet die Epoche der „Nachkriegszeit“, der deutschen Teilungsgeschichte. Zugleich öffnet sich der Pfad einer Vereinigungsgeschichte, die manche Wurzel in den deutsch-deutschen Mentalitäten hat, ihre Herausforderung aber in den Jahren nach 1989 bestehen mußte bzw. muß: den Jahrzehnten der Vereinigungsgesellschaft.

So bietet die Erinnerung an die verschiedenen Ereignisse dieses Tages dem historisch reflektierenden Zeitgenossen eigentlich die Chance, nicht nur die frühen Hoffnungen, sondern auch die Last und die Schande deutscher Geschichte, nicht zuletzt aber auch die Freude über den unerwartet glücklichen Ausgang einer viele Jahrzehnte als verfehlt empfundenen Zeitgeschichte vor das Auge seiner Zeit zu rücken. Denn am Endpunkt steht die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, deren Teilung eine Folge des Krieges war – vereinigt im Gehäuse des freiheitlichen Verfassungsstaates, ausgestattet mit einer denkbar guten Verfassung, die erstmals in der deutschen Geschichte als Ausdruck einer Verbindung von Nationalstaatsprinzip und freiheitlichem Verfassungsstaat gedeutet werden kann.

III.

Angesichts einer Teilung Deutschlands, die aus außen- und sicherheitspolitischen Gründen über Jahrzehnte hinweg für unüberwindbar gehalten wurde, ist es nicht überraschend, daß die Erinnerung an den Fall der Mauer⁴ und die Überwindung der Teilung, die im Spätherbst 1989 in den überraschenden Zusammenbruch der sozialistischen Systeme mündete, die öffentliche Bewertung prägt. Am 9. November 1989 stand die Öffentlichkeit unter dem Eindruck eines offensichtlichen Zerfalls einer der beiden Weltmächte, dessen Verlauf ebensowenig abzusehen war wie dessen Ergebnis. Man ahnte, daß sich aus dem Mauerfall in rasender Entwicklung die deutsche Einheit entwickeln könnte, aber nur wenige gaben diese Erwartung zu diesem Zeitpunkt zu erkennen.

Ein Jahr später herrschte Klarheit. Das Ereignis des „Mauerfalls“ und der sich schnell vollendende Prozeß des Beitritts der neuen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wurde nun nicht nur als unvorstellbar empfunden, sondern als Epochenbruch, als das Ende der Nachkriegszeit gedeutet. Sehr früh wurde aber deutlich, daß das nächstliegende Ereignis keineswegs die vorangegangenen verdrängte. Allerdings wurde nicht einmal einen Monat nach der Einsetzung des nationalen Gedenktages vom 3. Oktober 1990 deutlich, daß sich die Erinnerung an den 9. November verändert hatte und auch wandeln mußte, denn zu vielfältig waren die Bezüge, die mit diesem Tag verknüpft wurden.

Jahrzehntelang war der 9. November nach 1945 vor allem als Jahrestag der Erinnerung an die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen begangen worden. Sie hatten ihren sichtbaren Ausdruck in einem Parteipogrom gefunden, das für die Deutschen ein besonderes Gewicht erlangt hatte. Mit dem Mauerfall 1989 wurde deutlich, daß sich der 9. November in Zukunft ganz augenscheinlich einer eindimensionalen Deutung im Gedenken entzog. Stand für den einen das Ende der DDR im Vordergrund, das sich aus dem Mauerfall und dem Zusammenbruch des SED-Staates als entscheidender Voraussetzung für die am 3. Oktober vollzogene Vereinigung entwickelt hatte, so verwies der andere auf den 9. November 1938, auf die Kehrseite der deutschen Geschichte im Zeitalter der

⁴ Vgl. Hans Hermann Hertle, Der Fall der Mauer: Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, 2. Aufl., Opladen 1999. Siehe auch den Beitrag von H.-H. Hertle in diesem Heft.

Destruktivität, die den Untergang des osteuropäischen Judentums besiegelt hatte.

So charakterisiert den 9. November jene historische Deutungsvielfalt, die Kennzeichen und Ausgangspunkt des Geschichtsverständnisses pluralistischer Gesellschaften ist. Zweifellos unterscheiden sich die Erinnerungsbezüge erheblich von jener lebensgeschichtlichen Vielfalt, die Ausdruck höchst unterschiedlicher, aber gleichzeitiger Erfahrungen sind und etwa den 8./9. Mai 1945 charakterisieren.

Diese Eigenschaft hebt die meisten anderen möglichen deutschen Gedenktage vom 9. November 1989 ab. In der Vielzahl seiner Erinnerungsanlässe spiegeln sich aber vielfältige und völlig widersprüchliche Ereignisse, die auf den ersten Blick nicht in Einklang zu bringen sind und vielleicht gerade dadurch eine besondere Chance für die Auseinandersetzung mit der deutschen Zeitgeschichte im 20. Jahrhundert, für die individuelle Erinnerung und das historisch-politische Gedenken bieten könnten. Dieser Tag lenkt mit seinen Ereignissen den Blick auch auf die unterschiedlichen Verfassungssysteme. Je nach Zählweise haben wir es in Deutschland mit mindestens sechs ganz unterschiedlichen politischen Systemen zu tun, die sich voneinander abgegrenzt und nach 1949 auch gegeneinander abgesetzt haben und doch aneinander gekettet blieben, mit

- der konstitutionellen Monarchie bis zum Jahre 1918,
- der parlamentarisch-pluralistischen Republik von 1919 bis 1932;
- der totalitären Diktatur des nationalsozialistischen Typs 1933-1945;
- schließlich der vierfachen Besatzungsherrschaft 1945-1949;
- dem liberaldemokratischem Verfassungsstaat, der Bundesrepublik Deutschland seit 1949, der in der Regel mit seiner Bundeshauptstadt Bonn apostrophiert wird und mit der Annahme des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 Kontur gewann;
- der sozialistisch-volksdemokratischen „Volksrepublik“, die sich selbst „Deutsche Demokratische Republik“, kurz: „DDR“, nannte und vom 7. Oktober 1949 bis zum 2. Oktober 1990 bestand, aber mit dem 9. November 1989 zu vergehen begann.

Die beiden deutschen Teilstaaten stellten ihre Legitimation gegenseitig in Frage und fanden erst allmählich seit den späten sechziger Jahren einen Modus vivendi, der zwar keine Klärung der Souveränitätsfragen und des Staatsbürgerrechtes

brachte, gerade dadurch aber die Offenheit der deutschen Frage und die besondere Verantwortung der vier Mächte für Deutschland als Ganzes bis über den 9. November 1989 hinaus manifestierte.

Jedes dieser Systeme rechtfertigte sich historisch aus dem Versagen der anderen vorausgegangenen oder gleichzeitig existierenden Systeme und beanspruchte zugleich, einen Neuanfang nach einem Bruch zu verkörpern. Zum Symbol dieses Anspruchs wurde – in unterschiedlicher Intensität und in je eigener Färbung – der 9. November. Mit diesem Tag rückte in jedem System eine vielfältige, ganz widersprüchliche Empfindungen hervorufende Geschichte in das Bewußtsein der nachlebenden Zeitgenossen. So gegensätzlich die Systeme waren, so überraschend ist angesichts dieser rückwirkenden Legitimationsmuster die unbestreitbare Tatsache, daß die sehr verschiedenen 9. November die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert miteinander verknüpfen, geradezu verklammern.

Der Beginn der Geschichte der Weimarer Republik, der frühe Aufstieg des Nationalsozialismus, die gewaltsame Verfolgung von deutschen Juden und ihre zerstörerische Ausschaltung aus dem deutschen Wirtschaftsleben als Steigerung der Entrechtung durch die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 und entscheidende Voraussetzung des Völkermords der vierziger Jahre, schließlich aber auch der Zusammenbruch der DDR als Voraussetzung der ein knappes Jahr später verwirklichten Einheit machten den 9. November in jeder der deutschen Verfassungsordnungen nach dem Ende des deutschen Kaiserreiches immer wieder auf eine ganz grundsätzliche Weise zum Bezugspunkt kollektiver Erinnerung, der dem einzelnen Betrachter viel abverlangt, will er die vielfältigen Erinnerungsbezüge in einer Weise integrieren, die ihm Mißverständnisse ersparen.

Denn er muß in gleicher Weise eine inzwischen weitgehend im Gedächtnis versunkene Erinnerung – 1918 – mit einer ideologisch hochgradig verzeichneten und negativ beladenen – 1923 –, schließlich mit einem extrem schmerzhaften – 1938 – und letztlich wiederum mit einem zugleich sehr freudig und Begeisterungstürme entfachenden Ereignis – 1989 – in Einklang bringen. Dies kann nur gelingen, wenn man dieses Datum in seiner Vielfalt akzeptieren und in das Zentrum einer offenen, gefährdeten, bedrohlichen und dennoch gelingenden Geschichte rücken würde.

Deutsche Publizisten und Historiker tun sich mit der Anerkennung des 1989 eingetretenen Umbruchs schwer, denn für sie ist der 9. Novem-

ber viele Jahrzehnte vor allem ein Symbol des Zivilisationsbruchs gewesen, der seinen Ausdruck in einem destruktiven Parteipogrom fand, gegen das sich kaum Widerstand richtete. Bemerkenswert ist deshalb, wie unbefangen sich der amerikanische Zeithistoriker Fritz Stern, der letzte Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels in unserem Jahrhundert, über den 9. November geäußert hat. Man könnte deshalb geradezu von „dem 9. November“ als Symbol der Zäsuren sprechen, welche die Geschichte der Deutschen gliedern⁵. Der 9. November gilt so geradezu als ein deutscher Schicksalstag. Fritz Stern brachte das Gewicht dieses Tages auf den Begriff: „Die Koinzidenz dieser Daten versinnbildlicht eine Last, die auf der deutschen Nation liegt: Ihre komplizierte und kompromittierte Vergangenheit ist von ungeheurer Gegenwartigkeit in der Welt von heute.“⁶

In der Tat: Es gibt wohl kaum ein Datum, in dem sich die ganze Problematik, aber auch die Gefährdungen und Chancen der deutschen Geschichte im Jahrhundert der Diktaturen besser greifen läßt. 1918 wurde an diesem Tag die Republik ausgerufen. Sie verkörperte nicht nur eine große Chance für die deutsche Demokratie, sondern belegte auch, daß Staaten und Gesellschaften, die keine Fähigkeit zur Anpassung an neue Gegebenheiten und Entwicklungen haben, keine Zukunftschance besitzen.

Die Revolution vom November 1918 hatte ihre Voraussetzung in der Unfähigkeit der politischen Führungsschicht des Kaiserreiches, die grundlegenden Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus der Demokratisierung der Willensbildung und der Parlamentarisierung des politischen Systems ergaben, das als „deutscher Konstitutionalismus“ bezeichnet wurde. Sein Kennzeichen ist die faktische, nicht aber die programmatische Verneinung des „monarchischen Prinzips“ durch den Grundsatz der Volkssouveränität. Die militärische Niederlage 1918 war die Voraussetzung für die Wahlen zur Nationalversammlung auf der Grundlage eines demokratischen Wahlrechts Anfang 1919 und die Annahme des Weimarer Verfassungsentwurfs am 11. August 1919. Sie enthielt einen Grundrechtskatalog und sollte das parlamentarische System in Deutschland auf eine feste Grundlage stellen. Für die Zeitgenossen der Weimarer Republik war der 9. November 1918 der Tag, an dem das Kaiserreich unterging. Dieser Tag gilt zugleich als der eigentliche Geburtstag der „deutschen Republik“.

5 F. Stern (Anm. 3).

6 Ebd., S. 83.

Belastet war diese Republik durch die Notwendigkeit, die Folgen des Krieges zu bewältigen. Unruhen in der Gründungsphase, Hyperinflation, ständige Konflikte zwischen der Rechten und Linken, eine schleichende Erosion der republikanischen Kräfte und der Untergang einer von vielen aktiv bekämpften, schließlich von ihren Anhängern weitgehend preisgegebenen Republik besiegelten ihr Schicksal. Im Rückblick erschien die Weimarer Republik fast als ein von Anbeginn zum Untergang bestimmter Staat, der kaum eine reale Chance hatte, sich zu behaupten. Dieses Bild von der Weimarer Republik als „belagerte Civitas“ (Michael Stürmer) trifft keineswegs ganz die stets gegebene offene historische Situation des November 1918, die immerhin viele grundlegende Reformen wie das Frauenwahlrecht, den Achtstundentag, Fortschritte bei der Jugendpflege und in der Wohlfahrtspolitik sowie eine überwältigende Bildungsexpansion gebracht hatte.

Die Gründung der Weimarer Republik stand so auf höchst problematische Weise im Schatten ihres Untergangs; das Scheitern der ersten deutschen Demokratie diskreditierte den 9. November 1918 in mehrfacher Hinsicht. Die Nationalsozialisten hatten nach 1933 immer wieder gegen die „Novemberverschreiber“ polemisiert; sie verdrängten diesen Tag aus der kollektiven Erinnerung. Die Bundesrepublik Deutschland, die „Bonner Republik“, stand im Schatten der Angst, noch einmal Weimarer Verhältnisse überstehen zu müssen. Die DDR-Führung schließlich lastete den demokratischen Weimarer Parteien und insbesondere der Sozialdemokratie das Scheitern der Weimarer Republik an und beschuldigte die SPD des Kompromisses mit politischen Kräften, die aus Furcht vor ihrer Entmachtung Hitler als Instrument ihrer Klassenherrschaft benutzt hätten, um die Kommunisten zu unterdrücken und jeder Revolutionierung der deutschen Gesellschaft entgegenzutreten.

Die Verknüpfung des Untergangs der Republik von Weimar mit ihrem revolutionären Ursprung begünstigte die Verdrängung der Erinnerung an ein Ereignis, das fünf Jahre nach der Novemberrevolution, am 9. November 1923, geschah: der „Hitlerputsch“. Er endete mit dem fehlgeschlagenen Marsch der NSDAP und der Anhänger des Generals Ludendorff auf die Münchener Feldherrnhalle. Hitler deutete diesen Tag als das Fanal seiner Bewegung; zugleich machte er aber deutlich, daß die Weimarer Republik Widerstandskräfte besaß und sich zu behaupten mußte.

Der 9. November 1938 wurde zum Synonym einer denkbar dunklen Geschichte und prägte die Erinnerung der Beteiligten nachdrücklich. In der Nacht zum 9. November 1938 brannten in

Deutschland die Synagogen, wurden Geschäfte und Wohnungen von Juden zerstört und geplündert, ihre Bewohner oder Besitzer mißhandelt, nicht selten durch die Straßen geprügelt und in der ersten rassenpolitisch bedingten Massenverhaftung in Konzentrationslager verschleppt. Seitdem ist die Pogromnacht zum Symbol der destruktiven Übergriffe antisemitischer Ausschreitungen geworden, zu einem Symbol der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Ausrottungspolitik. Der 9. November wurde lange Zeit auch in einer höchst umstrittenen Begrifflichkeit als „Reichskristallnacht“ bezeichnet. Bald sprach man aber auch vom „November-“ oder vom „Parteipogrom“, dem Symbol für den Verlust humaner Orientierung, die sich später im Völkermord an den Juden manifestierte.

Der 9. November hätte sich ein Jahr später beinahe auf eine ganz andere Weise in die kollektive Erinnerung gegraben. Denn ein Jahr nach den Übergriffen, die bald als der Anfang vom Ende des deutschen und des europäischen Judentums bezeichnet wurden, am 9. November 1939, verübte der Schreiner Johann Georg Elser im Münchener Bürgerbräukeller ein Bombenattentat auf Hitler, dem dieser nur durch einen Zufall entging. Elser wurde viele Jahre lang verunglimpft und sogar als *Agent provocateur*, als Werkzeug der NS-Führung bezeichnet. Sein Attentat stand immer im Schatten des 20. Juli 1944 und wurde nur selten und dann sehr spät in das kollektive Gedächtnis der Deutschen gerückt. Den Zusammenhang zwischen seiner Tat und dem Widerstand von Christen, Militärs und bürgerlichen Regimegegnern stellten die Nationalsozialisten eigentlich erst in seiner Todesstunde her. Elser wurde am 9. April 1945 ermordet, am selben Tag wie die Regimegegner Hans von Dohnanyi und Dietrich Bonhoeffer.

IV.

Im Jahre 1989 stand die Erinnerung an den Parteipogrom von 1938 ganz im Schatten des Mauerfalls. In der öffentlichen Diskussion des Jahres 1990 hingegen ging es weniger um das Nebeneinander als um die Auseinandersetzung mit der Überlagerung der Erinnerung an das Novemberpogrom durch den Tag des Mauerfalls. Nun erst wurde das Datum „9. November“ zu einer Chiffre, die in einem kaum auflösbaren Spannungsverhältnis zu den vorangegangenen Weichenstellungen stand, die bislang mit dem 9. November verbunden wurden. Der Tag des Mauerfalls hatte auch eine irritierende Funktion. Denn strittig war nun, ob über-

haupt erinnernd und gedenkend an die Fülle historischer Ereignisse angeknüpft werden könnte, die diesen Tag charakterisierten. Der 9. November 1938 galt vor allem als Jahrestag deutscher „Schande“ und „Scham“, der 9. November 1989 als Jahrestag der Freude über die jahrzehntelang nicht für möglich gehaltene Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Angesichts der Gegensätzlichkeit dieser Ereignisse schien es kaum möglich, die Vielfältigkeit von Empfindungen – Scham und Freude, Selbstverpflichtung und Dank – in das sich auf ein einziges Datum konzentrierende Gedenken zu integrieren.

Dabei wäre es gewiß nicht nur eine reizvolle, sondern auch herausfordernde Aufgabe gewesen, die Möglichkeiten und Tiefpunkte, die historisch mit diesem Tag verknüpft sind, zusammen zu denken. Denn in der Reihe der Jahrestage verwirklicht sich im 9. November fast die widersprüchliche und schmerzvolle, schließlich die kriegsbedingte Teilung überwindende Entwicklung dieses „deutschen Jahrhunderts“, von dem Eberhard Jäckel in seiner anregenden Synthese deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert sprach: „Es war das deutsche Jahrhundert. Kein anderes Land hat Europa und der Welt im 20. Jahrhundert so tief seinen Stempel eingebrannt wie Deutschland, schon im Ersten Weltkrieg, als es im Mittelpunkt aller Leidenschaften stand, dann natürlich unter Hitler und im Zweiten Weltkrieg, zumal mit den Verbrechen des Jahrhunderts, dem Mord an den europäischen Juden, und in mancher Hinsicht gilt es kaum weniger für die Zeit nach 1945. Die zweite Hälfte des Jahrhunderts war von den Nachwirkungen beherrscht, und noch an seinem Ende nimmt Deutschland wegen dieser Ereignisse einen herausragenden Platz im Gedächtnis der Völker ein.“⁷

Im Sinne dieses breit ausgreifenden Deutungsansatzes liegt es, wenn hier angeregt wird, daß im Zusammenhang mit der öffentlichen Erinnerung an den 9. November 1938 und 1989 immer auch und möglichst zugleich über die Vielschichtigkeit dieses Datums reflektiert wird. Denn rasch wird deutlich, daß Gedenktage sich in der Regel zwar durch ihre Eindimensionalität auszeichnen, daß sie aber gerade dadurch einen Teil ihrer Wirkung für die Auseinandersetzung der pluralistischen Gesellschaft mit vielfältigen, spannungsreichen, vielleicht sogar widersprüchlichen Geschichtsbildern einbüßen. Gedenktage sollen in der Regel an Tatsachen und Ereignisse erinnern, die im Gedenken über Zweifel und Kritik erhoben werden. Komple-

7 Eberhard Jäckel, *Das deutsche Jahrhundert: Eine historische Bilanz*, Stuttgart 1996. Jäckel erinnert dabei an eine Feststellung von Raymond Aron: „Es hätte Deutschlands Jahrhundert sein können.“

xität historischer Ereignisse und schon gar von historischen Verkettungen⁸ läßt sich mit ihnen nicht vermitteln; denn in der Erinnerung zielt die historische Reflexion auf die Gegenwart. Diese Reduktion erklärt die Grenzen des Gedenkens für die Prägung nachhaltiger wirkender Maßstäbe politischen Verhaltens.

Der Fall der Mauer am 9. November 1989 symbolisierte das Ende der DDR. Wie immer man ihren Stellenwert im Rahmen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, des 20. Jahrhunderts oder in der deutschen Geschichte bewerten mag, ob man sie aus der anfänglichen Hoffnung auf einen Neuanfang, unter dem Eindruck ihres Scheiterns vom Ende her oder mit Blick auf sich bietende offene Situationen aus der Mitte ihrer Jahre beurteilt, so ist doch nicht zweifelhaft, daß die DDR als „zweite deutsche Diktatur“ bezeichnet werden muß. Sie setzte das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ gegen das Modell des repräsentativen und freiheitlichen Verfassungsstaates und bekannte sich zum Prinzip der Parteidiktatur. SED-Anhänger betonten den Pluralismus als Ziel nur, wenn es eigene Ansprüche in bekämpften politischen Systemen durchzusetzen galt. Als Recht des anders Denkenden konnten sie die Selbstverpflichtung auf eine pluralistische Ordnung niemals akzeptieren. Der SED-Staat gewährte seinen Bürgern die – eingeschränkten – Grundrechte keineswegs voraussetzungslos, sondern knüpfte sie an politische Prämissen, insbesondere an die Anerkennung des demokratischen Zentralismus, den Führungsanspruch der SED, die Akzeptanz einer als Arbeiter- und Bauernstaat bezeichneten Diktatur mit weltanschaulichem Führungsanspruch. Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit gehörten nicht zum Kanon ihrer politischen Grundprinzipien. Insofern barg die Verfassungsordnung der DDR totalitäre Elemente und Potentiale in sich, die das Individuum der Staatsmacht auslieferten. Überwachung und Repression engten viele Menschen ein, zwangen sie im günstigsten Fall in Nischen oder zur Flucht, und manche wurden als Regimegegner und Widerstandskämpfer im SED-Staat zu Opfern von staatlichen Repressionsmaßnahmen und erlitten lebenslange Schäden.

Gegen Unterdrückung und Zwang hatten sich in der DDR immer wieder Menschen gewandt, als einzelne Oppositionelle und Regimegegner, auch als Angehörige von Gruppen, die sich an jenen

⁸ Dies wird bereits deutlich, wenn etwa das Kriegsende 1945 mit allen Kriegsfolgen wie der Teilung Deutschlands, der Vertreibung oder der Reparationsleistungen mit der nationalsozialistischen Machtergreifung als Voraussetzung der „deutschen Katastrophe“ verknüpft wird.

Wert- und Weltvorstellungen orientierten, die der SED-Führung als Relikt einer zu überwindenden Epoche galten, aber auch im massenhaften Protest wie am 17. Juni 1953, dem Symbol eines Aufstands, der als Protest gegen Normerhöhungen begann und schließlich in die Forderung mündete, freie Wahlen zu ermöglichen, um die Einheit der beiden deutschen Staaten zu erreichen. Dieser Aufstand wurde gewaltsam unterdrückt. Im „deutschen Herbst“ von 1989, dem Herbst der Montagsdemonstrationen, dachten gewiß viele der Beteiligten an die Junitage 1953. Sie überwandten ihre Angst, ließen sich nicht von den Vertretern der „Staatsmacht“ einschüchtern, forderten Grundfreiheiten und schließlich einen grundlegenden Systemwandel, der die Voraussetzungen für die Vereinigung vom Oktober 1990 schuf. Das Datum des Mauerfalls ist der 9. November 1989. Vielleicht ist die Fixierung auf dieses Datum angesichts der Massenflucht über Ungarn im August und September 1989 sowie der Besetzung der deutschen Botschaften in Prag und Warschau nicht einmal ganz angemessen. Aber es ist zu verstehen, daß tanzen auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor den Zusammenbruch eines Grenzsystems symbolisieren, welches die DDR-Führung in den sechziger und siebziger Jahren als „antifaschistischen Schutzwall“ und „Friedensgrenze“ bezeichnet hatte. An dieser Grenze waren Tausende von Fluchtversuchen gescheitert, Hunderte Flüchtlinge erschossen worden. Nur mühsam war die Durchlässigkeit des hermetischen Sicherungssystems durch Passierscheinverhandlungen und Ostverträge vergrößert worden.

V.

So schließt sich der Kreis. Der 9. November hat als Erinnerungs- und Gedenktag einen Bezug zu allen deutschen Verfassungssystemen des 20. Jahrhunderts. Er symbolisiert 1918 und 1989 den Aufbruch in den freiheitlichen Verfassungsstaat. 1923 verweist er auf die Gefährdungen der Demokratie durch Verfassungsfeinde, die zu allem entschlossen sind und die Freiheiten in Anspruch nehmen, um sie zu zerstören. Der 9. November 1938 verdeutlicht, wie brüchig die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens in einem politischen Gemeinwesen sein können. Der Mensch kann sich des Mitmenschen niemals sicher sein, und er kann sich nicht einmal selbst vertrauen.

Und dennoch verkörpern alle Jahrestage des 9. November zugleich eine Hoffnung: Lassen sich die deutschen Verfassungssysteme des 20. Jahr-

hunderts auch durch ihre höchst unterschiedliche Dauer und auch durch ganz spezifische Ziele charakterisieren, so bedeuten sie im Positiven wie im Negativen, daß die „Würde des einzelnen“ von der Staatsgewalt zu sichern ist. Wir unterscheiden zwar totalitäre Regime⁹ von Transformationsregimen¹⁰ und Verfassungsstaaten; aber wir messen ihre Bedeutung am Kriterium der Menschenrechte. Eine Auseinandersetzung mit der vielfältigen Geschichte des 9. November zeigt, daß sich unter dieser Voraussetzung ganz verschiedene Zugänge zu diesem Datum bahnen lassen.

Gedenktage haben deshalb ohne Zweifel eine große Bedeutung für die Gesellschaften, die sie zelebrieren. Wenn Eberhard Jäckel in seinem zupackenden Essay unser Jahrhundert als „deutsches“ bezeichnen konnte, dann gibt es nur einen Tag des Jahres, an dem dieses Jahrhundert in seinen entscheidenden Zäsuren und Brüchen, in seinen Schwierigkeiten und Möglichkeiten, in seinen Höhen und Tiefen immer wieder besonders deutlich wird: der 9. November. Gewiß: Die Annäherung an ein Datum der Geschichte, das die Vielfalt wie die des 9. November spiegelt, hat immer etwas Willkürliches. Aber sie bietet Möglichkeiten, Gedenktage aus eindimensionalen Verengungen heraus zu führen und so umstrittene und schmerzende Ereignisse komplexer zu würdigen. Geden-

9 Vgl. Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hrsg.), *Wege der Totalitarismus-Forschung*, Darmstadt 1968; Eckhard Jesse (Hrsg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert: Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Baden-Baden 1996.

10 Vgl. Eberhard Sandschneider, *Stabilität und Transformation politischer Systeme: Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung*, Opladen 1995; Holm Sundhaussen, *Die „Transformation“ Osteuropas in historischer Perspektive oder: Wie groß ist der Handlungsspielraum einer Gesellschaft*, in: Hellmut Wollmann u. a. (Hrsg.), *Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs*, Opladen 1995, S. 77 ff.

ken, Erinnern und auch Vergessen sind oft willkürliche Akte, die ihren Sinn erst durch Reflexion und Konstruktion bekommen. Insofern lohnt sich der Versuch, mit der Vielfalt der Erinnerungsbezüge, die dieses Datum eröffnet, auch die Widersprüchlichkeit der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert in den Blick zu nehmen, vielleicht ganz im Sinne des britischen Historikers Eric Hobsbawn, der einmal von erfundenen Traditionen gesprochen hat. „Invented traditions“ bezeichnen ihm zufolge sowohl „erfundene, konstruierte und offizielle“ Traditionen als auch solche, die „auf weniger leicht nachvollziehbaren Wegen in einem kurzen und datierbaren Zeitraum“ auftauchen¹¹. Die Betonung derartiger Traditionen dient der Einschärfung bestimmter Werte und Verhaltensnormen, die zugleich die Verbindung der Gegenwart mit der Vergangenheit herstellen sollen. Traditionen stellen sich zwar als Ausdruck einer historischen Kontinuität dar; zugleich ist aber offensichtlich, daß sie die Verbindung zwischen Gegenwart und Vergangenheit, in der Regel mit dem Blick auf eine verpflichtende Zukunft, erst stiften.

Dies zeigt nicht zuletzt der 9. November. Seine Vielschichtigkeit in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts bietet eine gute Möglichkeit, das Spannungsverhältnis zwischen Demokratien und Diktaturen am deutschen Beispiel nicht nur sichtbar, sondern auch für das öffentliche Erinnern fruchtbar zu machen. Denn die Erfahrung der Gefährdung menschenwürdiger Existenz gehört zu diesem Jahrhundert und zur deutschen Geschichte ebenso wie die Erinnerung an den Zusammenbruch von Systemen, die den Durchbruch demokratischer Bestrebungen ermöglichten.

11 Eric Hobsbawn, *Das Erfinden von Traditionen*, in: Christoph Conrad und Martina Kessel (Hrsg.), *Kultur und Geschichte: Neue Einblicke in eine alte Beziehung*, Stuttgart 1998, S. 97.

Der Fall der Mauer – Sternstunde einer friedlichen Revolution

I.

Von Politik und Wissenschaft völlig unerwartet brach der SED-Staat im Herbst 1989 binnen kürzester Zeit wie ein Kartenhaus zusammen. Der entscheidende Moment dieses Zusammenbruchs war zweifelsohne der Fall der Mauer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989. Wie die Erschöpfung der sowjetischen Globalstrategie und die demokratischen Umwälzungen in Polen und Ungarn unabdingbare Voraussetzungen für die friedliche Revolution in der DDR waren, wirkte der Fall der Mauer wiederum als Fanal für die weiteren Revolutionen in Mittel- und Osteuropa und beschleunigte den Zerfall des sowjetischen Imperiums – kurze Zeit später brach die Sowjetunion selbst zusammen.

Als eine der Sternstunden der europäischen Revolutionen des Jahres 1989 steht der Fall der Mauer, zusammen mit der Demontage des „Eisernen Vorhangs“ im Mai und der Öffnung der Grenze zwischen Ungarn und Österreich für DDR-Bürger im September 1989 zugleich als Symbol für das Ende des Kalten Krieges, für die Aufhebung der politischen Teilung Deutschlands und des europäischen Kontinents.

Der folgende Beitrag rekonstruiert die unmittelbare Vorgeschichte und den Verlauf des 9. November 1989. Er entschlüsselt die äußeren und inneren Einwirkungen auf die Handlungs- und Entscheidungsprozesse und das Durcheinander der Einzelhandlungen, die mit dem Fall der Mauer ein Ergebnis herbeiführten, das keiner beabsichtigt und niemand vorhergesehen hatte¹.

1 Dem Beitrag liegen folgende Studien des Verfassers zugrunde: Hans-Hermann Hertle, *Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates*, Opladen 1999²; *Chronik des Mauerfalls*, Berlin 1998³; *Mein 9. November. Der Tag, an dem die Mauer fiel*, Berlin 1999 (mit Kathrin Elsner). Darin finden sich alle Zitatnachweise. – Ich danke Erika Laurent und Candida Splett für die kritische Durchsicht des Textes.

II.

Die Lage in der DDR ist seit Anfang November 1989 explosiv. In allen größeren Städten demonstrieren Zehntausende für freie Wahlen und die Zulassung des Neuen Forums, Presse- und Meinungsfreiheit sowie Reisefreiheit. Die Macht der SED bröckelt; die Entscheidung für einen friedlichen Verlauf der „Wende“ oder für ein militärisches Einschreiten gegen das Volk steht auf Messers Schneide. „Wenn es nicht gelingt, den Masseneinfluß mit politischen Mitteln zurückzudrängen, ist ein möglicher Ausnahmezustand nicht auszuschließen“, heißt es am 31. Oktober 1989 im Politbüro.

Bei einem Besuch Egon Krenz' in Moskau am 1. November empfiehlt Michail Gorbatschow, den „Dialog mit der Gesellschaft“ weiterzuführen und auch in stürmischen Auseinandersetzungen „keine Angst vor dem eigenen Volk zu bekommen“. Krenz bekräftigt die Entschlossenheit der SED-Führung, politische Probleme mit politischen Mitteln lösen zu wollen. Nur wenn am 4. November in Ost-Berlin der schlimmste Fall eintrete und „ein Massendurchbruch durch die Mauer versucht werde, müßte die Polizei eingesetzt und müßten gewisse Elemente eines Ausnahmezustandes eingeführt werden“.

Dieser Ernstfall, auf den sich die SED mit einem im Hintergrund gehaltenen riesigen Aufgebot an bewaffneten Kräften, Panzern und Sperrfahrzeugen vorsorglich vorbereitet hat, tritt nicht ein; die Demonstration mit der Kundgebung auf dem Alexanderplatz, an der mehr als 400 000 Menschen teilnehmen, darunter zum ersten Mal in großer Zahl auch SED-Mitglieder, verläuft friedlich.

Doch am gleichen Tag gerät die SED-Spitze in ein neues Dilemma: Um den Druck im Innern zu verringern, hatte das Politbüro die Anfang Oktober verhängte Reisesperre in die Tschechoslowakei zum 1. November aufgehoben. Umgehend setzte eine neue Fluchtwelle ausreisewilliger DDR-Bürger in die bundesdeutsche Botschaft in Prag ein; die Prager Innenstadt glück – wie bereits im September – einem Durchgangslager für ostdeutsche

Flüchtlinge. Unter dem Druck der CSSR-Regierung entschließt sich die SED-Führung, ihren Bürgern ab dem 4. November die Ausreise aus der CSSR in die Bundesrepublik ohne Formalitäten zu gestatten. Dadurch entsteht die groteske Situation, daß über den Umweg durch Ungarn und die direkt benachbarte CSSR die Mauer für jedermann offensteht – die deutsch-deutsche Grenze aber geschlossen bleibt. Über 20 000 Menschen benutzen bis zum Morgen des 6. November den Umweg über die CSSR in die Bundesrepublik. Die CSSR-Regierung erhebt in Ost-Berlin Protest gegen die Völkerwanderung durch ihr Land und fordert die SED auf, dieser Entwicklung umgehend Einhalt zu gebieten.

In der Frage des Reisens und Ausreisens spitzen sich jetzt die außen- und innenpolitischen sowie die ökonomischen Probleme der DDR zu. Bereits bei seinem Machtantritt am 18. Oktober hatte SED-Generalsekretär Egon Krenz versprochen, ein Reisegesetz ausarbeiten zu lassen, das noch im Dezember in Kraft treten sollte. Doch die Staatssicherheit hatte in dieser Frage gebremst, weil sie befürchtete, daß dann weitere Hunderttausende die DDR verlassen würden. Und die Plankommission hatte Einwände erhoben, weil die DDR vor der Zahlungsunfähigkeit stand und kein Geld da war, um die Reisenden mit Devisen auszustatten.

Entsprechend halbherzig ist der Reisegesetz-Entwurf, den die SED-Spitze endlich am Morgen des 6. November veröffentlicht. Er beschränkt den Gesamtreisezeitraum auf dreißig Tage pro Jahr und enthält „Versagungsgründe“, die nicht eindeutig und nachprüfbar definiert sind und der Behördenwillkür großen Spielraum lassen. Das Problem der Finanzierung der Reisen bleibt ungelöst. Aus Moskau hatte Krenz am 1. November nach seinem Gespräch mit Gorbatschow die Gewißheit mitgebracht, daß sich die Sowjetunion zu einem wirtschaftlichen Sonderbonus für die DDR außerstande sieht. Die letzte Hoffnung auf ökonomische Stabilisierung richtet sich jetzt auf die Bundesregierung. Noch am 6. November reist Alexander Schalck-Golodkowski in geheimer Mission nach Bonn. Er soll mit CDU-Innenminister Wolfgang Schäuble und Kanzleramtsminister Rudolf Seiters über einen umfassenden Ausbau der innerdeutschen Beziehungen verhandeln. Im Mittelpunkt stehen dabei Kreditwünsche der DDR in Höhe von 12 bis 13 Milliarden DM. Die dringlichste Bitte von Schalck aber ist, daß sich die Bundesregierung kurzfristig an der Finanzierung des mit dem Reisegesetz zu erwartenden erweiterten Reiseverkehrs beteiligt, wobei es um eine Größenordnung von 3,8 Milliarden DM geht (je 300 DM für – angenommene – 12,5 Millionen Reisende pro Jahr).

Die Bundesregierung zeigt sich gesprächs- und verhandlungsbereit, knüpft ökonomisches Entgegenkommen jedoch an politische Bedingungen. Wenn die SED auf ihr Machtmonopol verzichte, unabhängige Parteien zulasse und freie Wahlen verbindlich zusichere, teilt Seiters Schalck am nächsten Tag mit und gibt Bundeskanzler Helmut Kohl am Morgen des 8. November in der Debatte des Bundestages zur Lage der Nation bekannt, sei die Bundesregierung bereit, „über eine völlig neue Dimension unserer wirtschaftlichen Hilfe zu sprechen“. Die Bedingungen des Kanzlers entsprechen den Forderungen der Demonstranten in der DDR. Die SED ist mittlerweile zu fast allem bereit – doch zu ihrem Unglück ist die Bonner Verhandlungsschiene durch einen Staatsbesuch des Kanzlers in Polen bis zum 14. November blockiert. Bis dahin ist die SED-Spitze auf sich allein gestellt, während der Druck von außen – seitens der CSSR – und im Innern unaufhörlich steigt. „In dreißig Tagen um die Welt – ohne Geld“, höhnen die Demonstranten auf der Leipziger Montagsdemonstration und fordern: „Visafrei – bis Hawaii!“ „Wir brauchen keine Gesetze, die Mauer muß weg“ und schließlich radikal: „Die SED muß weg!“

Während Schalck in Bonn verhandelt und 300 000 Demonstranten durch die Leipziger Innenstadt ziehen, wird in Ost-Berlin bereits angestrengt eine Übergangslösung für das „CSSR-Problem“ gesucht. Für die Antragstellung, Prüfung und Genehmigung ständiger Ausreisen – das hieß bis dahin in erster Linie für deren Verhinderung – ist im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) und im Ministerium des Innern (Mdi) die Hauptabteilung Innere Angelegenheiten zuständig. Zwei Mitarbeiter dieser Abteilungen haben im Laufe des Tages den Auftrag erhalten, für die Parteiführung eine Vorlage zu erarbeiten mit der Zielstellung, den Strom der Ausreisewilligen in die CSSR zu stoppen und unter Aufrechterhaltung der Visapflicht und des Grenzregimes den Andrang auf die Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD zu kanalisieren. Stundenlang grübeln die Mitarbeiter, bis sie sich schließlich der Erkenntnis beugen, daß dies nur zu bewerkstelligen ist, wenn für die ständige Ausreise aus der DDR – wie schon in der CSSR praktiziert – auf jedwede Antragstellung, Prüfung und die damit verbundene Wartezeit verzichtet wird; Ausreise-Visa, bedeutet dies im Klartext, müssen unverzüglich und uneingeschränkt ausgegeben werden. Ein entsprechender Vorschlag, mit dem innerhalb weniger Stunden ein Schlußstrich unter die jahrzehntelange Schikanierung und Kriminalisierung von Ausreisewilligen gezogen wird, wird noch in der Nacht vom Innenministerium ins Zentralkomitee der SED gebracht.

Am Morgen des 7. November beschäftigt sich das Politbüro mit dem „CSSR-Problem“. Im Verlaufe einer fünfstündigen Sitzung, in deren Mittelpunkt die Vorbereitung des am folgenden Tag beginnenden ZK-Plenums und der Rücktritt des Politbüros sowie der Regierung Stoph stehen, wird nach längerer Diskussion folgender Beschluß gefaßt: „Genosse O[skar] Fischer unterbreitet in Abstimmung mit den Genossen F[riedrich] Dickel und E[rich] Mielke einen Vorschlag für das ZK der SED, wonach der Teil des Reisegesetzes, der sich mit der ständigen Ausreise befaßt, durch eine Durchführungsbestimmung sofort in Kraft gesetzt wird.“ Mit dieser Teillösung einigt sich das Politbüro auf den kleinsten gemeinsamen Nenner; ein Vorziehen des gesamten Reisegesetzes kommt für das SED-Spitzenremium schon wegen der noch ausstehenden Klärung der Finanzierung mit der Bundesregierung nicht in Frage. Über die beabsichtigte Teillösung unterrichtet Außenminister Oskar Fischer den sowjetischen Botschafter Kotschemassow und bittet ihn um die Zustimmung der Sowjetunion.

Die Bitte der deutschen Freunde erreicht Moskau zu einer denkbar ungünstigen Zeit. Der 7. und 8. November sind in der Sowjetunion Feiertage, an denen die Nomenklatura den Jahrestag der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ begeht. Valentin Koptelzew, als Sektorleiter DDR enger Mitarbeiter von Valentin Falin in der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, berichtet, daß die Bearbeitung der DDR-Anfrage unter den ausgedehnten Feierlichkeiten litt: Da die Führung feierte und unerreichbar gewesen sei, sei die Anfrage „wie ein Fußball zwischen dem Apparat des ZK und dem Außenministerium auf der Ebene der Stellvertreter“ hin und her gegangen. Keiner habe entscheiden bzw. seinem Chef irgendeine Entscheidung vorlegen wollen, so Koptelzew, „um ihn nicht mit einer so unangenehmen Nachfrage der DDR-Freunde zu stören. Bis ich dann doch einen kurzen Entwurf vorbereitet habe, man sollte einfach sagen, das liegt im souveränen Bereich der DDR, über ihr Grenzregime zu entscheiden. Und da haben sich alle Höheren mächtig gefreut.“

Am 8. November – dem Tag, an dem die für drei Tage angesetzte Sitzung des SED-Zentralkomitees um 10.00 Uhr mit dem Rücktritt des Politbüros und seiner Neuwahl beginnt – nimmt der Druck der CSSR ultimative Formen an. Das Außenministerium der CSSR übermittelt dem DDR-Botschafter in Prag nunmehr ein förmliches Ersuchen, die Ausreise von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik „direkt und nicht über das Territorium der CSSR“ abzuwickeln.

III.

Am Morgen des 9. November befassen sich vier Offiziere der Staatssicherheit und des Innenministeriums mit dem Auftrag des Politbüros, eine Durchführungsbestimmung für ständige Ausreisen zu erarbeiten. Bei näherer Betrachtung scheint ihnen eine solche Regelung unzureichend durchdacht, weil diese Ausreisewillige gegenüber Besuchsreisenden begünstigen bzw. Reisewillige in den Status von Ausreisenden zwingen würde. Es könne doch wohl nicht sein, macht einer der vier geltend, daß die Leute, die das Land für immer verlassen wollen, das sofort können, aber diejenigen, die nur mal ihre Tante in Hamburg besuchen wollen und wiederkehren wollen, das nach wie vor nicht dürfen. Oberst Gerhard Lauter, der Leiter der Abteilung Paß- und Meldewesen im MdI: „Wir hätten die Leute weiter aus dem Land vertrieben, und das hätte aus meiner Sicht zu einer tiefen, weiteren Destabilisierung der politischen Verhältnisse – auch wirtschaftlichen Verhältnisse – der DDR beigetragen.“

Aus regimeloyalen und staaterhaltenden Gründen schreiben sie als ersten Punkt in den Entwurf einer Reiseverordnung, die der Ministerrat noch am gleichen Tag beschließen soll, daß ab sofort auch Privatreisen für jedermann möglich sind.

Daß die Offiziere bei ihren Formulierungen keineswegs an eine generelle Reisefreiheit denken, zeigen die von ihnen für die Paß- und Meldestellen der Volkspolizei vorbereiteten Durchführungsbestimmungen. Privatreisen sollen nach wie vor beantragt werden müssen. Und nur wer einen Reisepaß besitzt, soll ein Visum bekommen. Einen Reisepaß aber besitzen nur etwa vier Millionen Bürger; alle anderen, so das Kalkül, müssen zunächst einen Paß beantragen und sich dann noch einmal mindestens vier Wochen bis zu dessen Ausgabe gedulden. Einem sofortigen Aufbruch aller DDR-Bürger scheint damit ein wirksamer Riegel vorgeschoben.

Als Sperrfrist für die Bekanntgabe des Beschlusses in den DDR-Medien legen die Offiziere den 10. November, 4.00 Uhr früh, fest, um die Dienststellen des Innenministeriums und der Staatssicherheit über Nacht in die neuen Bestimmungen einweisen und die Mitarbeiter auf den erwarteten Massenansturm vorbereiten zu können.

Der Entwurf der Obristen wird einschließlich der vorbereiteten Presseerklärung gegen Mittag abgestimmt mit der Sicherheitsabteilung des Zentralkomitees und den beteiligten Ministerien: dem MfS, dem Innen- und dem Außenministerium. Am

zweiten Tag der ZK-Tagung, in einer „Raucherpause“, bestätigen einige Mitglieder des Politbüros den Entwurf. Vom sowjetischen Botschafter wird übermittelt, daß die Sowjetunion keine Einwände erhebt – was sich freilich nur auf die ihm vorgetragene, ursprüngliche Absicht bezieht, die ständigen Ausreisen zu regeln. Am Nachmittag wird das Papier im Ministerrat in Umlauf gebracht. Damit soll eine schnelle Beschlußfassung – nämlich bis 18.00 Uhr – gewährleistet werden.

Ein Exemplar dieser Ministerrats-Beschlußvorlage erhält Egon Krenz. Gegen 16.00 Uhr liest er die vorgesehene Regelung den 216 ZK-Mitgliedern vor. „Wie wir's machen, machen wir's verkehrt!“, fügt er hinzu, „aber das ist die einzige Lösung, die uns die Probleme erspart, alles über Drittstaaten zu machen, was dem internationalen Ansehen der DDR nicht förderlich ist.“ Das Zentralkomitee folgt seinem Generalsekretär und zeigt sich mit dieser Lösung einverstanden. Die Reiseverordnung ist zu diesem Zeitpunkt – wie Krenz betont – nicht mehr als ein „Vorschlag“, ein Entwurf. Ein Beschluß des Ministerrates liegt noch nicht vor. Dennoch beauftragt Krenz den Regierungssprecher spontan, die Veröffentlichung „gleich“ zu machen und hebt damit, quasi beiläufig, die Sperrfrist auf.

Diese Entscheidung wäre noch korrigierbar gewesen, denn Regierungssprecher Wolfgang Meyer ist über die Sperrfrist und ihren Hintergrund unterrichtet. Doch bereits die nächste Entscheidung von Krenz ist unumkehrbar: Er händigt die Beschlußvorlage samt Pressemitteilung Politbüro-Mitglied Günter Schabowski aus, der in diesen Tagen als Sprecher der Partei fungiert, und gibt ihm den Auftrag, darüber bereits auf einer für 18.00 Uhr angesetzten internationalen Pressekonferenz zu informieren. Diese Einmischung der Partei in die Umsetzungsarbeit der Regierung führt die gesamten Vorbereitungsarbeiten des MfS und des MdI für die neue Reiseregulation ad absurdum.

IV.

Günter Schabowski war nicht dabei, als das Politbüro die Reiseverordnung in den Mittagsstunden bestätigte. Er war auch nicht im Saal, als Krenz die Reiseregulation dem Zentralkomitee vorlas. Er kennt deshalb weder den Wortlaut des Papiers noch weiß er etwas von einer Sperrfrist. Schabowski geht im Gegenteil davon aus, daß die Pressemitteilung bereits verbreitet worden ist. Das Papier von Krenz steckt er unbesehen zu seinen Unterlagen.

Am Ende seiner Pressekonferenz, die vom DDR-Fernsehen und Hörfunk live übertragen wird, teilt Schabowski mit, die SED-Spitze habe sich entschlossen, eine Regelung zu treffen, die „die ständige Ausreise regelt, also das Verlassen der Republik“. Auf Nachfrage liest er die neue Reiseverordnung, die der Ministerrat beschlossen habe, von dem Zettel ab, den Krenz ihm übergeben hat. Danach sollen DDR-Bürger nicht nur ständige Ausreisen, sondern auch Privatreisen ohne Vorliegen der bis dahin geforderten Voraussetzungen beantragen können, die Genehmigungen würden kurzfristig erteilt. Ständige Ausreisen könnten über alle Grenzübergänge der DDR zur Bundesrepublik bzw. Berlin-West erfolgen. „Wann tritt das in Kraft?“, fragt ein Journalist. Schabowski zeigt eine gewisse Hilflosigkeit, denn „diese Frage“, so das Politbüro-Mitglied später, „war mit mir zuvor nie besprochen worden“. Er kratzt sich am Kopf und überfliegt das Papier. Seine Augen bleiben nicht an dem Schlußsatz des Ministerrats-Beschlusses hängen, der festlegt, daß die Pressemitteilung erst am 10. November bekannt gegeben werden soll, sondern gleich am Anfang an den Worten „sofort“ und „unverzüglich“. So formuliert er als knappe Antwort: „Sofort, unverzüglich!“ Wenige Minuten später, um 19.01 Uhr, ist die Pressekonferenz beendet.

Schabowskis Äußerungen sind für die Zuhörer, von denen natürlich keiner den Vorlauf kennt, konfus und rätselhaft: Zum einen geht der von ihm verlesene amtliche Verordnungstext, der eine Freigabe der ständigen Ausreisen und eine Erweiterung von Besuchsreisen – allerdings visa-gebunden – verspricht, über seine vorherige Ankündigung hinaus, daß nur die ständige Ausreise, also das Verlassen der Republik, neu geregelt werde. Zum anderen läßt sich der von ihm bekanntgegebene Inkraftsetzungs-Zeitpunkt – „sofort, unverzüglich“ – schon deshalb nicht realisieren, weil die für die Erteilung der Visa zuständigen Dienststellen der Volkspolizei abends und nachts geschlossen sind.

Der dynamische Mobilisierungsprozeß dieser Nacht setzt weniger als unmittelbare Reaktion auf die eher verwirrenden Äußerungen Schabowskis ein, sondern massiv als Folge der sich anschließenden Medienberichterstattung über sie. In der unmittelbar nach der Pressekonferenz beginnenden Haupt-Nachrichtenzeit zwischen 19.00 Uhr und 20.15 Uhr werden seine Mitteilungen zum Spitzenthema. In Ermangelung präziser Informationen beginnen die West-Medien, den von Schabowski eröffneten Interpretationsspielraum zu füllen, die Informationen zu verdichten und einen eigenen Bedeutungszusammenhang zu konstruieren. Sehr schnell interpretieren sie die widersprüchlichen Äußerungen als „Grenzöffnung“: „DDR öffnet

Grenzen“ schlagzeilt Associated Press bereits um 19.05 Uhr, und DPA verbreitet um 19.41 Uhr die „sensationelle Mitteilung“: „Die DDR-Grenze zur Bundesrepublik und nach West-Berlin ist offen.“ Die ARD-Tagesschau plaziert die Reiseregulation als Top-Meldung und blendet dazu als Schrift ein: „DDR öffnet Grenze“. Den anschließenden Filmbericht über Schabowskis Pressekonferenz krönt der Reporter mit dem zweideutigen Kommentar: „Also auch die Mauer soll *über Nacht* durchlässig werden.“ Ob damit gemeint ist, daß die Mauer „am nächsten Morgen“ durchlässig wird oder aber bereits schon „während der Nacht“, müssen die Fernsehzuschauer selbst herausfinden. Im Rias Berlin heißt es dagegen um 20.16 Uhr klipp und klar: „Die DDR hat ihre Grenzen zur Bundesrepublik mit sofortiger Wirkung für Westreisen und Übersiedlungen geöffnet.“

Die Medienberichterstattung schafft eine unvorhergesehene Situation: Spontan brechen Ost-Berliner zu den Grenzübergängen auf. 80 Personen haben sich laut Lagebericht der Ost-Berliner Volkspolizei bis um 20.15 Uhr an den drei Grenzübergängen Bornholmer Straße, Invalidenstraße und Sonnenallee eingefunden – und nach und nach werden es mehr. Auch einige West-Berliner machen sich auf den Weg zur Grenze. Die Meldung „DDR öffnet Grenze“ scheint die Möglichkeit nicht auszuschließen, die Mauer auch in Richtung Osten passieren zu können.

V.

Ohne jegliche Information und ohne Befehle der militärischen Führung stehen die Grenzwächter an den Berliner Übergängen allmählich wachsenden Menschenansammlungen gegenüber, die die vermeintlich sofortige Reisefreiheit testen wollen. Die Verantwortung an den Grenzübergangsstellen (GÜST) teilen sich Grenztruppen, Staatssicherheit und Zoll. Für die militärische Sicherung, im besonderen die Verhinderung von Grenzdurchbrüchen, sind die Grenztruppen der Nationalen Volksarmee (NVA) zuständig. Die Sicherung, Kontrolle und Überwachung des gesamten Reiseverkehrs einschließlich der Fahndung sowie Festnahmen obliegt den Paßkontrolleinheiten des MfS, die als tschekistische Verkleidung die Uniform der Grenztruppen tragen. Die reine Sach- und Personenkontrolle schließlich führt die Zollverwaltung durch. Die Volkspolizei ist zwar nicht direkt auf den GÜST präsent; sie hat aber deren unmittelbares Vorfeld, das sogenannte „freundwärtige Hinterland“, von Störungen des Reiseverkehrs freizu-

halten. Zwar gibt die Staatssicherheit an der Grenze den Ton an, doch für einen reibungslosen Grenzverkehr sind alle vier Institutionen auf ein enges Zusammenwirken angewiesen.

Am Übergang Bornholmer Straße bleiben erste Rückfragen des Chefs der MfS-Paßkontrolleinheit und auch des diensthabenden Grenztruppenoffiziers bei ihren Vorgesetzten, wie die Nachrichten zu verstehen seien, ebenso ohne Beantwortung wie wiederum deren Nachfragen auf der nächsthöheren Ebene bis hinauf in die Ministerien. In den Abendstunden sind auf allen Ebenen nur Stellvertreter oder Stellvertreter von Stellvertretern zu erreichen – und keiner weiß Bescheid.

Entsprechend führt auch die sofort einsetzende horizontale Kommunikation zwischen den Ministerien zu nichts. Nach ganz oben aber sind die Kommunikationswege versperrt: Kein Stellvertreter kann zunächst seinen Minister erreichen, denn die laufende Tagung des Zentralkomitees ist außerplanmäßig bis 20.45 Uhr verlängert worden. Die gesamte Partei- und Staatsspitze bekommt deshalb zunächst weder die Pressekonferenz noch ihre Resonanz in den Medien noch den einsetzenden Ansturm auf die Übergänge mit.

In der Bornholmer Straße, im dichtbesiedelten Bezirk Prenzlauer Berg gelegen, ist der Ansturm am stärksten. Da die politischen Entscheidungsträger nicht erreichbar sind, werden im Zusammenspiel zwischen dem diensthabenden Leiter der Paßkontrolleinheit, Oberstleutnant Harald Jäger, seinem unmittelbaren Vorgesetzten im MfS, dem stellvertretenden Leiter der für Paßkontrolle zuständigen Hauptabteilung VI, Oberst Rudi Ziegenhorn, und dem für die Grenze zuständigen Mielke-Stellvertreter, Generalleutnant Gerhard Neiber, eine Reihe von Ad-hoc-Entscheidungen getroffen. Die Paßkontrolleure werden zunächst angewiesen, die Menschen abzuweisen und auf den nächsten Tag zu vertrösten – mit dem Ziel, sie zur Heimkehr zu bewegen. Trotz der Wiederholung dieser Aufforderung über einen Lautsprecherwagen der Volkspolizei bleibt dieses Unterfangen ohne Erfolg. Der Stabschef des MdI, Generaloberst Karl-Heinz Wagner, sieht sich außerstande, dem ihm von Generalleutnant Gerhard Neiber angesonnenen Wunsch zu entsprechen und die Zufahrtswege zu sämtlichen Übergängen von Polizeikräften absperren zu lassen, um den Zustrom der Menschen an die Grenze zu unterbinden. Neibers Vorschlag, das Vorfeld der Übergänge freizuräumen und die Menschen von den Übergängen „wegzunehmen“, weist er als gänzlich undurchführbar zurück: „Das mußt du mal versuchen! Das geht nicht mehr!“

Als die Menge in der Bornholmer Straße um 21.00 Uhr auf fünfhundert bis eintausend Menschen angewachsen ist, die lautstark die Öffnung des Schlagbaumes fordern, der Rückstau der Autos über einen Kilometer bis zur Schönhauser Allee reicht und die Seitenstraßen verstopft sind, sieht sich Jäger nicht länger in der Lage, mit seinen 14 Paßkontrolleuren sowie fünf Grenzsoldaten und 16 bis 18 Zollkontrolleuren den Übergang zu halten. Wegen seiner Aussichtslosigkeit, erst recht aus reinem Selbsterhaltungstrieb kommt ein Schußwaffeneinsatz für die Verantwortlichen nicht in Frage. „Wenn die Masse ins Rennen kommt, und wir schießen, dann hängen wir da vorne am Fahnenmast“, ist Major Manfred Sens, dem amtierenden Grenztruppen-Kommandanten der GÜST, an diesem Abend klar. Nicht einmal an Selbstverteidigung sei unter diesen Bedingungen zu denken gewesen, ergänzt Harald Jäger: „Die Leute hätten uns überrollt und mit unseren eigenen Gummiknüppeln verhaun.“

Jäger appelliert telefonisch an Ziegenhorn, die Bürger ausreisen lassen zu dürfen, weil ihrem Druck nicht länger standzuhalten sei. Nach Absprache mit Neiber, so Jäger, habe Ziegenhorn schließlich eingewilligt, ein Ventil zu öffnen und die Ausreise mit Personalausweis zu gestatten, allerdings mit einer folgeschweren Einschränkung: „Die am aufsässigsten sind . . . und die provokativ in Erscheinung treten, die laß' raus“, sei er von Ziegenhorn angewiesen worden. „Denen macht ihr im Ausweis einen Stempel halb über das Lichtbild – und die kommen nicht wieder rein.“ Jubelnd laufen die ersten Ost-Berliner über die Bornholmer Brücke nach West-Berlin – und ahnen nicht, daß ihre Personalausweise mit einem Visum, das das Lichtbild halb bedeckt, ungültig gestempelt worden sind.

Mit einem allgemeinen Ansturm auf alle Berliner Grenzübergänge wird zu diesem Zeitpunkt im Ministerium für Staatssicherheit nicht gerechnet: Außer in der Bornholmer Straße und am Übergang Heinrich-Heine-Straße, an dem laut Lagebericht der Volkspolizei gegen 21.30 Uhr 120 Personen auf der Ostseite stehen, sind „an den übrigen GÜST nur vereinzelt Personen festzustellen“. In der Hauptabteilung VI des MfS, in der seit 21.00 Uhr die Leiter der Paßkontrolleinheiten aller Berliner Übergänge zusammengekommen sind, um Vorbereitungen für den nächsten Tag zu treffen, nimmt man die Entwicklung in der Bornholmer Straße noch gelassen auf. Bevor er die Leiter zurück an die Übergänge schickt, beruhigt der Chef, Generalmajor Heinz Fiedler, seine Genossen: „Wie ich meine Berliner kenne, gehen die um 23.00 Uhr ins Bett.“

VI.

Doch in der Zwischenzeit hat sich die Medienspirale weiter gedreht. Politiker aller Bundestagsparteien, die britische und die amerikanische Regierung haben auf die ersten Tickermeldungen reagiert und begrüßen, wie die Agenturen nun berichten, die von ihnen zuvor verkündete „Grenzöffnung“. Über den Rundfunk erreichen diese Stimmen sofort das Publikum – und verstärken den Eindruck, daß die Grenze schon offen sei. Die Berliner Redaktion der ARD-Tagesthemen hat in der Zwischenzeit auf der Westseite eine Live-Schaltung zum Grenzübergang Invalidenstraße aufgebaut. Die entsprechende Entscheidung ist gegen 19.30 Uhr mit der Absicht getroffen worden, in den Tagesthemen mit einem Stimmungsbericht über die Lage an der Grenze vor der für den nächsten Tag erwarteten „Öffnung“ live auf Sendung gehen zu können, auch wenn bis dahin vor Ort noch gar nichts geschehen wäre.

Die Tagesthemen beginnen an diesem Abend leicht verspätet um 22.42 Uhr. Ein Spielfilm zeigt die nahezu menschenleere Westseite des Brandenburger Tores. Chefmoderator Hanns Joachim Friedrichs verkündet dazu: „Das Brandenburger Tor heute abend. Als Symbol für die Teilung Berlins hat es ausgedient. Ebenso die Mauer, die seit 28 Jahren Ost und West trennt. Die DDR hat dem Druck der Bevölkerung nachgegeben. Der Reiseverkehr in Richtung Westen ist frei.“ Dann kommt Friedrichs ins Bild und fährt fort: „Im Umgang mit Superlativen ist Vorsicht geboten, sie nutzen sich leicht ab, aber heute Abend darf man einen riskieren: Dieser 9. November ist ein historischer Tag. Die DDR hat mitgeteilt, daß ihre Grenzen ab sofort für jedermann geöffnet sind. Die Tore in der Mauer stehen weit offen.“

Friedrichs Ansage eilt den Ereignissen voraus: Entgegen der von ihm behaupteten Tatsache zeigt ein gegen 22.00 Uhr fertiggestellter Spielfilm der Berliner Redaktion, daß an den Berliner Grenzübergängen absolute Ruhe herrscht.

Dann wird nach Berlin geschaltet. Tagesthemen-Reporter Robin Lautenbach meldet sich live vom Grenzübergang Invalidenstraße, dessen Tor noch unübersehbar geschlossen ist. Doch drei West-Berliner Augenzeugen, die zuvor am Grenzübergang Bornholmer Straße gewesen sind und die Lautenbach jetzt interviewt, helfen ihm und Friedrichs aus der Patsche. Ein Augenzeuge berichtet: „Ich habe erlebt, daß um 21.25 Uhr das erste Pärchen tränenaufgelöst auf uns zugelaufen kam und die Berliner weiße Linie erreicht hat. Sie sind mir

beide um den Hals gefallen und wir haben alle gemeinsam geweint.“ Und die beiden anderen Augenzeugen ergänzen unter anderem, Ost-Berliner gingen hin und her, sie bräuchten nur den Personalausweis – in den es einen Stempel gebe!

Robin Lautenbach deklariert umgehend den geschlossenen Übergang Invalidenstraße zum Ausnahmefall: „Hier in der Invalidenstraße auf der anderen Seite haben die Grenzpolizisten offenbar diese Weisung noch nicht bekommen oder sie haben sie nicht verstanden. . . . Aber wie gesagt, an sehr vielen anderen Grenzübergängen, nicht nur in der Bornholmer Straße – wir haben es auch gehört von der Sonnenallee und vom Ausländergrenzübergang Checkpoint Charlie – ist es offenbar bereits möglich, mit dieser neuen Regelung völlig komplikationslos nach West-Berlin zu kommen.“

„Tore in der Mauer weit offen?“ – „Völlig komplikationslos nach West-Berlin?“ Nach diesen Berichten gibt es für Tausende, ja Zehntausende Ost- und West-Berliner sowie Bewohner des Umlandes kein Halten mehr. Von beiden Seiten beginnt während und nach den Tagesthemen jener Ansturm auf die Grenzübergänge, der die Paßkontrolleure und Grenzsoldaten zum Einstellen des Stempels und zum Rückzug zwingt.

Viele Tausende sind es, die nach 23.00 Uhr in der Bornholmer Straße – im Scheinwerferlicht von Kamerateams – immer ungeduldiger „Tor auf! Tor auf!“ rufen und gegen die Grenzsicherungszäune drücken. Die Grenzwächter werden nervös. Niemand hat bis dahin die Verantwortung für die entstandene Situation übernommen, alle scheinen abzuwarten. Von ihrer Führung fühlen sie sich im Stich gelassen. Schließlich bangen die Offiziere um ihr Leben und das ihrer Mitarbeiter. Auf eigene Entscheidung stellen sie gegen 23.30 Uhr in der Bornholmer Straße alle Kontrollen ein. „Wir fluten jetzt!“, kündigt der leitende Offizier der Paßkontrolle an; dann werden die Schlagbäume geöffnet und Abertausende strömen von Ost nach West.

Bis Mitternacht geben die Paßkontrolleure der Staatssicherheit und die Angehörigen der Grenztruppen dem Druck der Menschen auch an den übrigen innerstädtischen Grenzübergängen nach und lassen die Ost-Berliner zumeist unkontrolliert passieren; der Grenzübergang Invalidenstraße wird von West-Berlinern friedlich „gestürmt“. Gleiches geschieht bis 1.00 Uhr an den Grenzkontrollpunkten im Berliner Umland und an den innerdeutschen Übergängen. Tausende von Ost- und West-Berlinern überwinden zudem Mauer und Sperranlagen am Brandenburger Tor und spazieren mehrere Stunden ungehindert durch das

Tor und über den Pariser Platz. Auf der Panzermauer werden Freudentänze aufgeführt; das Symbol der deutschen Teilung ist gefallen.

Die Regierungsapparate in Ost-Berlin, Bonn und in den Hauptstädten der Vier Mächte sind überrascht: Innerhalb weniger Stunden hat das Volk die bewaffneten Organe der DDR überrumpelt und überrollt und das ausgeklügelteste Grenzregime der Welt ausgehebelt. „Wer hat uns das bloß eingebrockt?“, klagt Egon Krenz am nächsten Morgen im Politbüro. Anfängliche Hoffnungen der SED-Spitze, die „Ordnung“ wiederherstellen und die Kontrolle über die Mauer zurückzugewinnen zu können, gehen nicht in Erfüllung; der Menschenandrang in Berlin, am Wochenende dann auch an der Grenze zur Bundesrepublik, ist zu gewaltig. In den Mittagstunden des 10. November werden noch Eliteeinheiten der NVA um Berlin in erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzt und die Staatssicherheit in der ganzen DDR alarmiert – zum Einsatz kommen die „bewaffneten Organe“ nicht mehr. Der Fall der Mauer erweist sich als unumkehrbar.

VII.

Die historische Rekonstruktion der dem Fall der Mauer zugrundeliegenden politischen Entscheidungen und Handlungen schließt Erklärungsansätze aus, die dieses Ereignis als – mit welchen Absichten auch immer verbundene – geplante Aktion der SED-Führung darstellen oder auf eine absichtsvolle Überrumpelung der Partei- und Staatsspitze zurückführen oder gar als „opus magnum“, als Meisterwerk der Staatssicherheit sehen möchten.

Der Fall der Mauer war weder vorgesehen noch vorhersehbar. Er entwickelte sich in einer turbulenten Situation äußeren und inneren Drucks aus einer Sequenz unkoordinierter Entscheidungen von Politbüro, Zentralkomitee und Ministerrat. Ihre vorzeitige und konfuse Bekanntgabe zerstörte die ursprüngliche Absicht, eine nach wie vor kontrollierte Erweiterung von Ausreise- und Reisemöglichkeiten ab dem 10. November zuzulassen. Die von den westlichen Medien verbreiteten Interpretationen („DDR öffnet Grenze“), nicht korrekten Annahmen („Die Grenze ist offen“) und „falschen“ Realitätsbilder („Die Tore in der Mauer stehen weit offen!“) lösten einen dynamischen Mobilisierungsprozeß aus, der das angenommene Ereignis und die „falschen“ Realitätsbilder Wirklichkeit werden ließ. Jene Fernsehzuschauer, die

eigentlich nur dabei sein wollten und deshalb an die Grenzübergänge und das Brandenburger Tor eilten, führten im Grunde erst das Ereignis herbei, dessen Eintritt ihnen bereits fälschlicherweise berichtet worden war. Eine von den Medien verbreitete Fiktion mobilisierte die Massen – und wurde dadurch zur Realität.

Der Mauerfall schuf eine völlig neue Situation: Mit dem Ende der Zwangsabschließung verlor das SED-Regime über Nacht die Verfügungsgewalt über „seine“ Bürger; der Mangel an innerer Legitimität trat nun offen zutage und führte zur Auflösung des SED-Staates. Die Abwanderung in die Bundesrepublik stieg erneut sprunghaft an: Vom 10. November bis zum Jahresende 1989 verließen über 120 000 Menschen die DDR (1989 gesamt: 343 854), im Januar 1990 waren es 73 729, im Februar 63 893, im März 46 241. Unter dem anhaltenden Druck der Demonstrationen, in zunehmendem Maße auch der SED-Mitgliederschaft, zerfielen innerhalb weniger Wochen die zentralen Parteistrukturen; Politbüro, ZK-Sekretariat und

Zentralkomitee lösten sich selbst auf. Die Anleitung der Massenorganisationen durch die Partei brach ebenso zusammen wie ihr Kader-Nomenklatursystem. Ohne die Steuerungszentrale der Partei zerbröselten die staatlichen Machtstrukturen, an erster Stelle die Staatssicherheit.

Die schließliche Selbstaflösung des SED-Staates nach dem Zusammenbruch des Herrschaftssystems charakterisiert den deutschen Sonderweg des Endes der kommunistischen Einparteiensysteme in Mittel- und Osteuropa. Die Berufung auf den deutschen Nationalstaat war jedoch „nicht neuer Ausdruck eines nationalistischen Bewußtseins“, wie Rainer Lepsius zu Recht hervorgehoben hat. Der Nationalstaat war vielmehr „der schon gegebene Handlungsrahmen“², dessen normativer Geltungsanspruch sich über die Jahre der deutschen Teilung hinweg erhalten hatte.

2 Vgl. M. Rainer Lepsius, Die Bundesrepublik – ein neuer Nationalstaat?, in: Berliner Journal für Soziologie, 4 (1994) 1, S. 10.

Die 25jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland

Ergebnisse einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie
bei jungen Ostdeutschen

Wie stehen ostdeutsche Jugendliche zehn Jahre nach der Wende zu dieser Zäsur in ihrem Leben und zur deutschen Einheit? Fühlen sie sich als Bundesbürger oder noch als DDR-Bürger? Sind sie politisch in der neuen Gesellschaft angekommen? Wie denken sie über Alternativen zu dieser Ordnung? Wirken frühere Bindungen an das sozialistische System heute nach? Das sind einige der Fragen, denen wir in diesem Beitrag mit dem Blick auf die (1998) 25jährigen unter ihnen nachgehen wollen. Dabei können wir uns auf langjährige Zeitreihen stützen, die teilweise bis 1987 bzw. 1990 zurückgehen und die einen Einblick in den bei diesen Jugendlichen seitdem abgelaufenen politischen Mentalitätswandel geben, der mit hoher Wahrscheinlichkeit weitergehen wird.

I. Vorbemerkungen zur Studie

Die „Sächsische Längsschnittstudie“¹ wurde im Frühjahr 1987 bei 14jährigen Schülern mit der Zielstellung gestartet, in wesentlichen Einstellungs- und Verhaltensbereichen charakteristische Entwicklungstendenzen und deren Bedingungen mit den spezifischen Mitteln des Längsschnittansatzes zu untersuchen. Im Mittelpunkt stand dabei die Analyse der Veränderungen der politischen Grundeinstellungen, insbesondere der Bindung an das sozialistische Gesellschaftssystem und an die DDR.

In die Untersuchung waren 1 240 Schülerinnen und Schüler aus den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt einbezogen. Sie gehörten 72

Dieser Beitrag ist gewidmet Prof. Dr. Walter Friedrich, langjähriger Direktor des Leipziger Jugendforschungsinstituts und Nestor der ostdeutschen Jugendforschung, zu seinem 70. Geburtstag am 5. Oktober 1999.

1. Träger der Studie war zwischen 1987 und 1989 das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) in Zusammenarbeit mit Erziehungswissenschaftlern der Universität Leipzig und der Pädagogischen Hochschule Zwickau. Im Rahmen der dritten Erhebung im Frühjahr 1989 erklärten sich 615 Panelmitglieder bereit, auch nach dem Schulabschluß an weiteren Befragungen teilzunehmen.

Klassen aus 41 Schulen der genannten Regionen an, die nach dem *Zufallsprinzip* ausgewählt wurden. Die Population war weitgehend DDR-repräsentativ. Die Schüler gehörten den Geburtsjahrgängen 1972/73 an. Sie haben die zehnklassige polytechnische Oberschule als letzter Jahrgang vollständig durchlaufen – ein Merkmal, das sie auch für die Untersuchung von Nachwirkungen der DDR-Sozialisation prädestiniert.

Nach der Wende wurde die Studie ab Frühjahr 1990 mit 10 Befragungswellen fortgesetzt, nunmehr postalisch. An ihnen beteiligten sich zwischen 200 und 368 der zur Mitarbeit bereiten Panelmitglieder bei einer seit 1993 steigenden (!) Teilnehmerquote². Dabei muß in Rechnung gestellt werden, daß 60 bis 100 der zur weiteren Mitarbeit bereiten Jugendlichen meist schon 1989/90 in den Westteil abgewandert waren. Die Stichproben der Wellen nach der Wende sind repräsentativ für die Gesamtstichprobe der 3. Welle vom Frühjahr 1989 im Hinblick auf wesentliche politische Grundeinstellungen. Bei den Panelmitgliedern handelt es sich also hinsichtlich ihres politischen Profils *nicht* um Selektivpopulationen.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der Befragungen seit 1990 ist die langfristige Analyse des politischen Einstellungswandels seit der Wende und der Vereinigung, die wissenschaftliche Begleitung und Dokumentation des Weges der Panelmitglieder aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Untersuchung von Nachwirkungen der DDR-Sozialisation auf die heutigen politischen Grundeinstellungen, insbesondere die Bindung an das gegenwärtige politische System. Unsere Studie ist die einzige in Ostdeutschland, die dabei auf differenzierte Daten aus der Zeit vor der Wende zurückgreifen kann.

Neben quantitativen Daten liegt seit 1987 eine Fülle qualitativer Daten vor (Antworten auf offene Fragen, Tagebuchnotizen, Briefe usw.), die

2. 9. Welle (1993): N = 232; 10. Welle (1994): N = 250; 11. Welle (1995): N = 315; 12. Welle (1996): N = 355; 13. Welle (1998): N = 368 (Panel = repräsentative Personengruppe für [mehrmals durchgeführte] Befragungen).

einen detaillierten Einblick in den politischen Mentalitätswandel und in das Denken junger Ostdeutscher über Deutschland geben³.

II. Ausgewählte Ergebnisse

Die folgenden Ergebnisse sollen einen Einblick in einige wesentliche Aspekte des Mentalitätswandels bei den (1998) 25jährigen Panelmitgliedern geben, die mit hoher Wahrscheinlichkeit für ostdeutsche Jugendliche dieser Altersgruppe verallgemeinert werden können. Repräsentativität für junge Ostdeutsche generell wird nicht unterstellt.

Vorzustellen ist die Erläuterung einiger in den Tabellen angeführten Koeffizienten, die im ZIJ speziell für die Aufbereitung und Interpretation von Längsschnittdaten entwickelt wurden⁴. Sie geben die Anteile der sich zwischen den Erhebungswellen verändernden bzw. nicht verändernden Analysepersonen (Apn) wieder, ohne die Größe der Veränderungen auf der Antwortskala zu berücksichtigen:

POP = Prozentualer Anteil der Apn, die sich positiv verändert haben, wobei die niedrigeren Skalenplätze als die positiveren definiert sind;

NEP = Prozentualer Anteil der Apn, die sich negativ verändert haben;

KOP = Prozentualer Anteil der Apn, die sich nicht verändert haben.

Mit einem statistischen Test wird geprüft, ob der Unterschied zwischen den positiven und den negativen Veränderungen signifikant ist (in den Tabellen durch Kursivsatz hervorgehoben).

1. Gesellschaftliche Krisen dämpfen persönliche Zukunftszuversicht

Die gesellschaftliche und die persönliche Zukunftszuversicht gehören zu den Analysegegenständen, zu denen Daten seit dem Start der Studie im Frühjahr 1987 vorliegen. Wir stellen diese Angaben bewußt voran, weil sie in spezifischer Weise Aufschluß geben über die Reflexion über

zehn Jahre massiver gesellschaftlicher Veränderungen, eingeschlossen die Endzeit der DDR, die politische Wende, die Vereinigung und die nachfolgenden Transformationsprozesse mit ihren tiefgehenden Auswirkungen auf die Mentalität der Panelmitglieder. Betrachten wir dazu die Trends seit 1987, in die (wie auch bei den folgenden Trends) nur jene Panelmitglieder einbezogen wurden, die sich 1998 an der 13. Welle beteiligt haben.

Tabelle 1 weist in der zweiten Spalte das Durchschnittsalter der Panelmitglieder zum Befragungszeitpunkt in Jahren aus, das auch bei den folgenden Tabellen zu berücksichtigen ist. Ein Blick auf die Veränderungen *vor der Wende*, zwischen 1987 und 1989, zeigt, daß in diesem Zeitraum der Anteil der Panelmitglieder, die die *gesellschaftliche Entwicklung* in der DDR zuversichtlich betrachteten, erheblich zusammenschumpfte. Der Prozentanteil einschränkungslos zuversichtlicher Jugendlicher ging von 39 % 1987 auf 15 % im Frühjahr 1989 zurück. Der Mittelwert auf der fünfstufigen Skala stieg von 1,7 auf 2,4. Die negativen Veränderungen auf der Skala um einen oder mehrere Skalenpunkte (NEP) bei 52 % der Panelmitglieder waren erheblich größer (signifikant) als die positiven Veränderungen (POP) bei nur 10 %. Dieser Trend lief konform mit der starken Regression der politischen Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR in diesem Zeitraum: Der Anteil der Jugendlichen, die sich einschränkungslos mit der DDR identifizierten, ging von 45 % 1987 auf 21 % 1989 zurück⁵.

Hinsichtlich der *persönlichen Zukunft* war dagegen nur ein sehr geringer Rückgang der Zuversicht zu beobachten. Die eigene Zukunft schien damals von den negativ erlebten und kritisch bewerteten gesellschaftlichen Krisenerscheinungen in der DDR weniger betroffen zu sein, zumal zum Zeitpunkt der Befragung faktisch alle Panelmitglieder mit dem feststehenden Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz eine klare persönliche Perspektive zu haben glaubten. Ein völliger Zusammenbruch der DDR-Gesellschaft mit weitreichenden persönlichen Konsequenzen wurde auch von den damals 16jährigen Schülern nicht erwartet.

Aufschlußreich sind die Trends *nach der Wende*: Für die Jahre 1991 bis 1993 (1990 war diese Frage nicht gestellt worden) ist ablesbar, daß sich die Bewertung der *gesellschaftlichen Zukunft* nach

3 Von 1994 bis 1997 wurde die Studie von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. Die Durchführung der 13. Welle 1998 wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt. An ihr beteiligten sich 368 Panelmitglieder. Die Befragung fand im Zeitraum April bis September 1998 statt, d. h. vor den Bundestagswahlen und dem Machtwechsel in Bonn.

4 Ausführlicher dargestellt bei Rolf Ludwig, Möglichkeiten der Ergebnisdarstellung bei Intervallstudien, in: Uta Schlegel/Peter Förster (Hrsg.), Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, Opladen 1997.

5 Zu den Trends der politischen Einstellungen der DDR-Jugend vor der Wende vgl. Peter Förster, Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989, in: Walter Friedrich/Peter Förster/Kurt Starke (Hrsg.), Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin 1999, S. 70–165.

Tabelle 1: Gesellschaftliche und persönliche Zukunftszuversicht zwischen 1987 und 1998 (in Prozent)

„Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft

a) für die Entwicklung in der DDR/ab 1991: in Ostdeutschland

b) für Sie persönlich?“

1 sehr zuversichtlich; 2; 3; 4; 5 überhaupt nicht zuversichtlich; X = Mittelwert.

Jahr	Durchschnittsalter	1	2	(1+2)	3	4	5	X
<i>a) für die Entwicklung in der DDR/in Ostdeutschland</i>								
1987	14,0	39	51	(90)	9	1	0	1,7
1988	15,0	29	46	(75)	19	4	2	2,0
1989	16,0	15	45	(60)	28	8	4	2,4
1991	18,2	13	39	(52)	33	13	2	2,5
1992	19,5	12	37	(49)	40	8	3	2,5
1993	20,5	13	33	(46)	41	9	4	2,6
1994	21,5	15	46	(61)	29	7	3	2,4
1995	22,5	14	42	(56)	35	7	2	2,4
1996	23,5	7	33	(40)	40	14	6	2,8
1998	25,1	4	25	(29)	42	22	7	3,0
<i>b) für Sie persönlich</i>								
1987	14,0	42	50	(92)	8	0	0	1,7
1988	15,0	38	53	(91)	8	1	0	1,7
1989	16,0	39	53	(92)	7	1	0	1,7
1990	17,0	21	50	(71)	23	5	1	2,2
1991	18,2	21	54	(75)	21	4	0	2,1
1992	19,5	24	60	(84)	15	1	0	1,9
1993	20,5	16	60	(76)	21	2	1	2,1
1994	21,5	17	65	(82)	17	1	0	2,0
1995	22,5	16	66	(82)	15	2	1	2,1
1996	23,5	15	58	(73)	22	3	2	2,2
1998	25,1	12	60	(72)	24	3	1	2,2

Anzahl der 1998 durch Rückrechnung in die Längsschnitte einbezogenen identischen Personen: 1987 = 344; 1988 = 333; 1989 = 357; 1990 = 163; 1991 = 165; 1992 = 147; 1993 = 204; 1994 = 231; 1995 = 296; 1996 = 335. N 1998 = 368. Diese Angaben gelten auch für die nachstehenden Tabellen.

Koeffizienten für die Zeiträume vor und nach der Wende:

Zeitraum	Aspekt	POP	KOP	NEP
1987:1989	gesellschaftliche Zukunft	10	38	52
	persönliche Zukunft	22	52	26
1989:1998	gesellschaftliche Zukunft	17	28	55
	persönliche Zukunft	13	40	47

dem Systemwechsel gegenüber der Endzeit der DDR nicht grundsätzlich verändert hatte, sie war 1991 eher etwas kritischer geworden, der Anteil ambivalenter Urteile nahm zu. Erst die Daten von 1994 und 1995 ließen auf einen leichten Positivtrend schließen, der sich ab 1996 jedoch wieder umgekehrt hat. In Übereinstimmung mit anderen Ergebnissen der Studie widerspiegeln diese Daten die sehr kritische Wahrnehmung der gesellschaftlichen Krisenerscheinungen in Ostdeutschland, die hier nicht näher auszuführen sind. Im gesamten Zeitraum 1989 bis 1998 überwogen die Negativierungen eindeutig die Positivierungen: 55 % (NEP) gegenüber 17 % (POP).

Auch im Hinblick auf die *persönliche Zukunft* ging die Zuversicht nach der Wende weiter zurück. Schon zwischen 1989 und 1990 verringerte sich der

Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser Zuversicht von 39 % auf 21 %, dafür stieg der Anteil ambivalenter Angaben von 7 % auf 23 % an. Bei einem nicht geringen Teil der Panelmitglieder waren die bis dahin feststehenden Pläne der beruflichen Entwicklung durch die Umbrüche stark ins Wanken geraten oder mußten sogar völlig aufgegeben werden. Fast die Hälfte der Teilnehmer äußerte in dieser Zeit kurz nach der Wende Angst vor eigener Arbeitslosigkeit.

In den folgenden Jahren war mit zunehmender Tendenz eine eingeschränkt positive persönliche Zukunftszuversicht charakteristisch, zwischen 1995 und 1996 war dagegen wie bei der gesellschaftlichen Zukunftszuversicht eine signifikante Negativierung zu verzeichnen, die sich tendenziell auch zwischen 1996 und 1998 fortsetzte. Insgesamt gesehen über-

Tabelle 2: Grundeinstellung zur deutschen Einheit 1990 bis 1998 (in Prozent)

„Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“

1 sehr dafür; 2 eher dafür als dagegen; 3 eher dagegen als dafür; 4 sehr dagegen

Jahr	1	2	(1+2)	3	4	X	V	POP	KOP	NEP
1990	39	32	(71)	20	9	2,0	–	–	–	–
1991	27	42	(69)	22	9	2,1	90:91	21	47	32
1992	32	48	(80)	17	3	1,9	91:92	25	66	9
1993	29	52	(81)	17	2	1,9	92:93	15	76	9
1994	33	52	(85)	13	2	1,8	93:94	17	71	12
1995	35	50	(85)	14	1	1,8	94:95	10	78	12
1996	38	47	(85)	12	3	1,8	95:96	15	72	13
1998	35	50	(85)	12	3	1,8	96:98	11	75	14

Nach der vollzogenen Vereinigung (ab 1991) wurde der Fragetext mit dem Satz eingeleitet: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie heute antworten?“

Die Untersuchung 1990 fand im Mai statt.

V = Vergleich der angegebenen Wellen. Die Koeffizienten beziehen sich jeweils auf diese Vergleiche.

wiegen zwischen den Meßpunkten kurz vor der Wende und 1998 bei 47 % die Negativierungen.

Trotz der unterschiedlichen Tendenzen in der Ausprägung der Zukunftszuversicht im Hinblick auf die Gesellschaft einerseits und die eigene Person andererseits vor der Wende bestand schon damals ein Zusammenhang beider Aspekte: Je geringer der Gesellschaft die Chance einer positiven Entwicklung beigemessen wurde, desto geringer wurden auch die eigenen Zukunftschancen eingeschätzt. Dieser grundsätzliche Zusammenhang besteht auch nach der Wende bei den inzwischen älter gewordenen Panelmitgliedern, er ist sogar deutlich enger geworden. Außer Zweifel steht, daß die gesellschaftliche Situation für die persönliche Perspektive bei den 1998 25jährigen ein erheblich höheres Gewicht besitzt als damals bei den 16jährigen. „Die gesellschaftliche Krise hat die Jugend erreicht“ – diese grundsätzliche Aussage der 12. Shellstudie kann aus der Sicht unserer jüngsten Ergebnisse nur unterstrichen werden⁶. Für nicht wenige ostdeutsche Jugendliche ist wohl hinzuzufügen, daß ihre persönlichen Zukunftsmöglichkeiten zum zweiten Mal in einem lebensgeschichtlich kurzen Zeitraum durch gesellschaftliche Krisenerscheinungen beeinträchtigt werden. Betrachten wir nun die Entwicklung einiger politischer Einstellungen.

2. Die große Mehrheit bejaht die deutsche Einheit

Ein zentraler Gegenstand der Untersuchungen nach der Wende war von Anfang an die Analyse der Grundeinstellung zur deutschen Einheit. Der 1990 mögliche Vergleich mit den repräsentativen Bevölkerungsumfragen des ZIJ⁷ belegte eine hohe

Übereinstimmung mit den Einstellungen junger Ostdeutscher insgesamt, ein Nachweis für die weitgehende Repräsentativität unserer Panelstudie. Tabelle 2 informiert über die zwischen Frühjahr 1990 und 1998 gewonnenen Daten.

Ablesbar ist, daß zu allen Meßpunkten ab Mai 1990 die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder ihre Zustimmung zur Vereinigung artikuliert, wenn auch meist mit der Einschränkung „eher dafür als dagegen“. Nach einem kurzzeitigen leichten Rückgang des Anteils der Vereinigungsbefürworter im Frühjahr 1991 ist dieser Anteil ab 1992 tendenziell von 80 % auf 85 % 1998 gestiegen, die Quote der Vereinigungsgegner ging deutlich auf 15 % (12 + 3 %) zurück. Mit zunehmendem Alter ist demnach die Zustimmung zur Vereinigung angewachsen, auf keinen Fall zurückgegangen.

Seit 1993 ist der Anteil der von Welle zu Welle konstanten Einstellungen deutlich auf etwa drei Viertel der Untersuchungsteilnehmer angestiegen (KOP). Dieser im Vergleich mit anderen politischen Einstellungen hohe Anteil läßt darauf schließen, daß die meisten Panelmitglieder eine verhältnismäßig stabile, überwiegend bejahende Position zu dieser Grundfrage verinnerlicht haben. Die deutsche Einheit ist für die überwiegende Mehrheit zu einer Selbstverständlichkeit geworden, sie wird nur von einer Minderheit in Frage gestellt.

Deutliche Unterschiede bestehen allerdings zwischen den Geschlechtergruppen. Zwar bejahen auch die Teilnehmerinnen der Studie mehrheitlich die Vereinigung, jedoch viel weniger als von den männlichen Teilnehmern stimmen einschränkungslos zu. Außerdem ist der Anteil der Einheitsgegner bei ihnen von Anfang an etwa doppelt so

6 Vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugend '97: Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen, Opladen 1997, S. 11–23.

7 Vgl. Peter Förster/Günter Roski, DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch, Ber-

lin 1990; Peter Förster, Zwischen Wende und Ende der DDR. Ergebnisse der Meinungsforschung des ZIJ, in: W. Friedrich/P. Förster/K. Starke (Anm. 5), S. 166–183.

Tabelle 3: Emotionale Beziehung zur deutschen Einheit im Trend 1992 bis 1998 (in Prozent)

„Freuen Sie sich darüber, daß die Einheit Deutschlands hergestellt ist?“

1 sehr stark; 2 stark; 3 teils-teils; 4 kaum; 5 überhaupt nicht

Jahr	1	2	(1+2)	3	4+5	X	V	POP	KOP	NEP
1992	22	20	(42)	45	13	2,5	–	–	–	–
1993	18	21	(39)	51	10	2,6	92:93	23	61	16
1994	24	20	(44)	52	4	2,4	93:94	21	67	12
1995	25	19	(44)	50	6	2,4	94:95	15	70	15
1996	19	30	(49)	44	7	2,4	95:96	13	70	17
1998	18	32	(50)	43	7	2,4	96:98	15	71	14

hoch. Diese Erscheinung haben wir schon in den bevölkerungsrepräsentativen Umfragen des ZIJ zwischen Ende 1989 und Ende 1990 sowie in den nachfolgenden Jugendstudien beobachtet⁸. Die entscheidende Bedingung für diese skeptische Sicht war damals und ist noch gegenwärtig die massive Sorge vieler junger Frauen und Mädchen um die soziale Sicherheit.

Die eher rationale Grundeinstellung zur deutschen Einheit ist nicht identisch mit der emotionalen Beziehung zu ihr. Diese wurde seit 1992 mit einem Indikator gemessen, der auf das Empfinden von Freude über die vollzogene Einheit zielt (vgl. Tabelle 3).

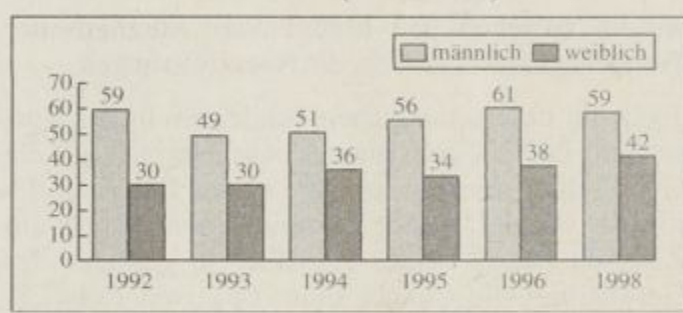
Obwohl nach 1995 der Anteil der Panelmitglieder, die einschränkungslose Freude äußern, wieder leicht zurückging, ist für den Zeitraum 1992 bis 1998 insgesamt gesehen ein positiver, allerdings nicht signifikanter Trend erkennbar. Zugleich fällt der hohe Anteil von Panelmitgliedern ins Auge, die eine ambivalente Einstellung äußern, worin wir die Widerspiegelung sehr widersprüchlicher Alltagserfahrungen sehen. Dafür spricht auch der gegenüber der Grundeinstellung zur Einheit höhere Anteil wechselnder Positionen (POP und NEP umfassen auch 1998 fast ein Drittel).

Noch größer als bei der Grundeinstellung sind bei der gefühlsmäßigen Beziehung zur Einheit die Geschlechterunterschiede. Abbildung 1 veranschaulicht dies anhand der zusammengefaßten Häufigkeiten sehr starker und starker Freude.

Erwähnenswert ist, daß trotz der mehrheitlichen Bejahung der deutschen Einheit deren Verwirklichung immer weiter in die Zukunft verlagert wird. Im Mittel gehen die Panelmitglieder 1998 davon aus, daß es noch 13,3 Jahre dauern wird, bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut gehen wird wie jetzt den Westdeutschen. Im September 1990, kurz

8 Vgl. P. Förster (Anm. 7), S. 175; Peter Förster/Walter Friedrich/Harry Müller/Wilfried Schubarth, Jugend Ost: Zwischen Hoffnung und Gewalt, Opladen 1993, S. 69–86; Walter Friedrich/Peter Förster, Jugend im Osten. Politische Mentalität im Wandel, Leipzig 1996, S. 47–63.

Abbildung 1: Anteile der Häufigkeit sehr starker und starker Freude über die deutsche Einheit im Trend 1992 bis 1998, nach den Geschlechtergruppen differenziert (in Prozent)



vor der Vereinigung, wurde im Ergebnis einer identischen Frage im Rahmen einer DDR-repräsentativen Umfrage des ZIJ für die Altersgruppe der 18- bis 24jährigen ein Durchschnittswert von nur 6,2 Jahren berechnet. Noch mehr Zeit wird den Vorstellungen der Panelmitglieder zufolge vergehen, bis die Ostdeutschen und die Westdeutschen zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind: im Durchschnitt 21,1 Jahre. 1990 wurde hierzu ein Mittelwert von 8,2 Jahren ermittelt. Der Zeithorizont des Zusammenwachsens hat sich demnach seit der Vereinigung erheblich vergrößert. 56 % der Panelmitglieder meinen 1998, daß es zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen mehr Trennendes gibt, nur 44 % sehen mehr Gemeinsamkeiten.

3. Wachsende Distanz gegenüber dem politischen System

Die Anlage als Langzeitstudie bietet die einzigartige Möglichkeit, der Frage nachzugehen, ob mit dem zunehmendem zeitlichen Abstand zum Untergang der DDR (und mit zunehmendem Alter) eine politische Bindung an das neue Gesellschaftssystem entsteht. Im Rahmen unserer Studie wird die Einstellung zum neuen Gesellschaftssystem mit Hilfe von mehreren Fragen (Fragenbatterie) zur Zufriedenheit mit der Gesellschaft erfaßt. Wir beschränken uns hier auf den beson-

Tabelle 4: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 bis 1998

„Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland?“

1 sehr zufrieden; 2 zufrieden; 3 weniger zufrieden; 4 unzufrieden

Jahr	1	2	(1+2)	3	4	X	V	POP	KOP	NEP
1992	2	32	(34)	48	18	2,8	–	–	–	–
1993	2	20	(22)	51	27	3,0	92:93	11	64	25
1994	4	30	(34)	50	16	2,8	93:94	33	55	12
1995	1	31	(32)	52	16	2,8	94:95	14	66	20
1996	1	22	(23)	51	26	3,0	95:96	11	62	27
1998	1	20	(21)	53	26	3,0	96:98	18	64	18

Koeffizienten für den gesamten Zeitraum 1992 bis 1998:

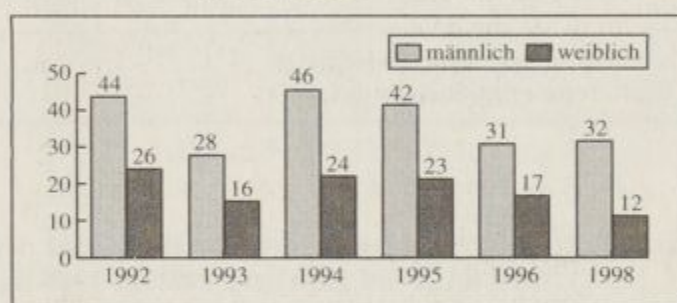
POP	KOP	NEP
14	53	33

ders aussagekräftigen Trend der Zufriedenheit mit dem politischen System (vgl. Tabelle 4).

Die überwiegende Bejahung der deutschen Einheit ist nicht gleichbedeutend mit Zustimmung gegenüber dem politischen System in der Bundesrepublik. Die Trendanalyse läßt einen erheblichen, signifikanten Rückgang der ohnehin nur schwach ausgeprägten Zufriedenheit der Panelmitglieder mit dem politischen System erkennen. 1992 artikulierten noch 34 % ihre Zufriedenheit (Antwortpositionen 1 und 2), 1998 (nach einem zwischenzeitlichen Rückgang 1993) nur noch 21 %. Dieser Negativtrend und die angeführten Koeffizienten zeigen sehr deutlich, daß die Suche der Panelmitglieder nach einem Standpunkt noch im Gange ist, auch Revisionen in negativer Richtung möglich sind. Das Fazit der Shell-Studie von 1991, daß der Nachwuchs für das offizielle politische System kaum zur Verfügung steht, hat offensichtlich nicht an Aktualität eingebüßt⁹. Andere Untersuchungen¹⁰ verweisen auf ähnliche Er-

⁹ Vgl. Jürgen Zinnecker, Deutsche Jugend heute. Eine Porträtskizze, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Bd. 1, Opladen 1992, S. 24.

¹⁰ Vgl. dazu Jugend '92, die Zusammenfassung von Ergebnissen zahlreicher Jugendstudien bei Walter Friedrich/Peter Förster (Anm. 8), S. 65–80; vgl. außerdem Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit, Neuausgabe 1996, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1996; S. 574, 583; Rainer Silbereisen/Laszlo A. Vaskovics/Jürgen Zinnecker (Hrsg.), Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996, Opladen 1996, S. 85–97; Detlef Pollack, Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/97, S. 3–14; Dieter Fuchs/Edeltraut Roller/Bernhard Weßels, Die Akzeptanz der Demokratie des vereinten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/97, S. 3–12; Dieter Walz/Wolfram Brunner, Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/97, S. 13–19; Gerhard Schmidtchen,

Abbildung 2: Anteile der Panelmitglieder, die mit dem politischen System sehr zufrieden oder zufrieden sind, nach Geschlechtergruppen differenziert (in Prozent)

gebnisse und Entwicklungen bei ostdeutschen Jugendlichen bzw. bei der ostdeutschen Bevölkerung insgesamt.

Auch bei dieser Einstellung sind es in erster Linie die weiblichen Panelmitglieder, die die Trendrichtung bestimmen. Bei ihnen hat sich der im Vergleich zu ihren männlichen Altersgefährten ohnehin geringere Anteil der Systemzufriedenen zwischen 1992 und 1998 etwa halbiert (vgl. Abb. 2).

Ähnliche rückläufige Tendenzen und Zusammenhänge bestehen bei den Teilnehmern unserer Studie auch hinsichtlich ihrer Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung.

Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in der postsozialistischen Welt, Opladen 1997, S. 262–275; Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg, Leben 97/98. Sozialreport II. Quartal 1998. Neue Bundesländer, Berlin 1998; Werner J. Patzelt, Politikverdrossenheit, populäres Parlamentsverständnis und die Aufgaben der politischen Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7–8/99, S. 31–38; Renate Köcher, Hat Deutschland eine gefestigte Demokratie?, in: Das Parlament, Nr. 16 vom 16. April 1999, S. 14.

Tabelle 5: Einstellung zum SED-Regime und zu einem reformsozialistischen Modell im Trend 1992 bis 1998 (in Prozent)

„Das entspricht meiner Meinung“: 1 vollkommen; 2; 3; 4; 5 überhaupt nicht

Jahr	1	2	(1+2)	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP
<i>a) „Es war höchste Zeit, daß das SED-Regime beseitigt worden ist.“</i>											
1992	59	20	(79)	18	2	1	1,7	–	–	–	–
1993	50	25	(75)	16	6	3	1,9	92:93	17	51	32
1994	57	21	(78)	16	3	3	1,7	93:94	28	59	13
1995	44	26	(70)	22	6	2	2,0	94:95	14	58	28
1996	48	24	(72)	20	7	1	1,9	95:96	25	55	20
1998	49	23	(72)	19	7	2	1,9	96:98	21	59	20
<i>b) „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“</i>											
1992	19	20	(39)	25	16	20	3,0	–	–	–	–
1993	25	22	(47)	25	13	15	2,7	92:93	28	47	25
1994	18	18	(36)	26	19	19	3,0	93:94	18	49	33
1995	19	23	(42)	27	17	14	2,8	94:95	36	44	20
1996	16	24	(40)	31	15	14	2,9	95:96	26	47	27
1998	19	24	(43)	27	15	15	2,8	96:98	27	49	24

Koeffizienten für den gesamten Untersuchungszeitraum 1992 bis 1998:

	POP	KOP	NEP
a) Beseitigung des SED-Regimes	18	51	31
b) Reformierter Sozialismus	32	44	24

Tabelle 6: Ausprägung der Identität als Bürger der ehemaligen DDR bzw. als Bürger der Bundesrepublik im Trend 1990 bzw. 1992 bis 1998 (in Prozent)

„Zu Ihrem Zugehörigkeitsgefühl: Als was fühlen Sie sich?“

1 ja, vollkommen; 2 ja, etwas schon; 3 nein, eigentlich nicht; 4 nein, absolut nicht

Jahr	1	2	(1+2)	3	4	V	POP	KOP	NEP
<i>als Bürger(in) der Bundesrepublik Deutschland</i>									
1992	37	41	(78)	18	4	–	–	–	–
1993	33	41	(74)	19	7	92:93	19	58	23
1994	27	46	(73)	19	8	93:94	20	55	25
1995	28	54	(82)	15	3	94:95	26	55	19
1996	29	46	(75)	19	6	95:96	15	59	26
1998	30	51	(81)	15	4	96:98	26	56	18
<i>als Bürger(in) der ehemaligen DDR</i>									
1990	49	34	(83)	10	7	–	–	–	–
1992	40	43	(83)	10	7	90:92	22	42	36
1993	44	34	(78)	15	7	92:93	24	49	27
1994	41	38	(79)	14	7	93:94	23	54	23
1995	36	44	(80)	13	7	94:95	20	65	15
1996	38	40	(78)	13	9	95:96	19	59	22
1998	38	41	(79)	17	4	96:98	23	57	20

Koeffizienten für die Untersuchungszeiträume:

Zeitraum	Identitätsaspekt	POP	KOP	NEP
1992 bis 1998	Bundesbürger	21	56	23
1990 bis 1998	Bürger der ehemaligen DDR	28	43	29

4. Übereinstimmung bei Bejahung der politischen Wende, gespalten gegenüber reformsozialistischer Alternative

Angesichts des zehnten Jahrestages der politischen Wende ist besonders interessant, wie die Panelmitglieder jetzt zu diesem Ereignis stehen und wie sie über gesellschaftliche Alternativen denken (vgl. Tabelle 5).

Die erwähnte deutlich zunehmende Distanz gegenüber dem jetzigen politischen System ist nicht gleichzusetzen mit einem Infragestellen der Beseitigung des SED-Regimes und damit der politischen Wende im Herbst 1989. Die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder bejaht die Wende (1998: 72 %), allerdings ist zwischen 1992 und 1998 eine leichte, aber signifikante rückläufige Tendenz nicht zu übersehen (NEP = 31 %). Mit zunehmendem zeitlichen Abstand bejahen nicht mehr, sondern eher weniger die Wende. Außerdem fällt der beträchtliche Anteil wechselnder Positionen auf, auch in diesem Falle ein Indiz für die anhaltende Suche nach einem Standpunkt.

Distanz gegenüber dem politischen System fördert dagegen leicht die Präferenz einer reformsozialistischen Alternative: Systemunzufriedene sprechen sich eher für ein solches Modell aus als Systemzufriedene. Die Auffassungen zu einem reformsozialistischen Modell streuen in jeder Untersuchungswelle enorm, die Panelmitglieder sind in dieser politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, allerdings mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative. 1998 würden immerhin 43 % eine reformsozialistische Alternative der gegenwärtigen Ordnung vorziehen. Die Meinungsbildung dazu hält nach wie vor an.

5. Schon Bundesbürger, aber noch Ex-DDR-Bürger

Der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger erweist sich als ein sehr langwieriger und widersprüchlicher Prozeß mit teilweise unerwarteten Tendenzen. Darauf verweisen unsere Forschungsergebnisse bei der Schuljugend¹¹ und nicht zuletzt diese Längsschnittstudie.

Tabelle 6 informiert über die seit 1990 bzw. 1992 ermittelten Daten zur Ausprägung der Identität als Bürger der ehemaligen DDR bzw. als Bundesbürger.

1998 fühlen sich reichlich drei Viertel der Panelmitglieder als Bürger der Bundesrepublik (81 %; Positionen 1 und 2 zusammengefaßt), zugleich fühlen sich knapp ebenso viele als Bürger der untergegan-

genen DDR (79 %). Die beiden Prozentverteilungen unterscheiden sich statistisch gesehen nicht.

Die Identifikation mit der Bundesrepublik hat sich zwischen 1992 und 1998 nicht verstärkt. 1996 deutete sich im Vergleich mit 1995 sogar ein leichter (signifikanter) Rückgang an. 1998 ist im Vergleich mit 1996 wieder ein leichter (signifikanter) Zuwachs zu verzeichnen. Die Identifikation mit der DDR ist im Untersuchungszeitraum 1990 bis 1998 trotz des wachsenden Abstandes zu ihrem Zusammenbruch nur leicht rückläufig, sie ist sogar zu einigen Meßpunkten – mit Ausnahme 1995 und der letzten Untersuchung 1998 – tendenziell häufiger verbreitet als die Identifikation mit der Bundesrepublik.

Bei beiden Aspekten ist aus den angeführten Längsschnittkoeffizienten für die Jahresvergleiche und für die Untersuchungszeiträume insgesamt jedoch auch ablesbar, daß bei den Panelmitgliedern erhebliche Veränderungen vor sich gegangen sind. Trotz ähnlicher Querschnittsverteilungen lassen die Koeffizienten POP und NEP einen beträchtlichen Wechsel der individuellen Werte zwischen den jeweiligen Meßpunkten erkennen, der mitunter fast die Hälfte der Panelmitglieder erfaßt. Auch im Hinblick auf die staatsbürgerliche Identität ist offensichtlich noch viel im Fluß.

Für die Beurteilung der Identifikation mit der Bundesrepublik bzw. mit der DDR ist außerdem wesentlich, daß sich beide Aspekte keineswegs ausschließen. Auf diese für die Transformationsforschung bedeutsame Tatsache sind wir in eigenen Studien bereits früher gestoßen. Die Kopplung des Zugehörigkeitsgefühls als Bundesbürger einerseits und als Ex-DDR-Bürger andererseits zeigt – leicht vereinfacht – 1998 diese Relationen:

- 16 % fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als Ex-DDR-Bürger;
- 65 % fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgeben zu haben;
- 14 % haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich noch als Bürger der untergegangenen DDR;
- 5 % fühlen sich weder als Bundesbürger noch als Ex-DDR-Bürger.

Diese Relationen der Teilgruppen (die sich in vielen politischen Einstellungen stark unterscheiden; wir können hier nicht näher darauf eingehen¹²)

11 Ausführlicher zu diesen Unterschieden vgl. Peter Förster, Systemwechsel und politischer Mentalitätswandel, in: Hans Oswald (Hrsg.), Sozialisation und Entwicklung in den neuen Bundesländern. Ergebnisse empirischer Längs-

11 Vgl. W. Friedrich/P. Förster (Anm. 8), S. 101–108.

Tabelle 7: Grad der Übereinstimmung zwischen dem in Staatsbürgerkunde vermittelten BRD-Bild und der heutigen Realität (in Prozent)

„Wenn Sie das damals vermittelte Bild von der BRD, vom Kapitalismus überhaupt, mit der heutigen Realität im nun vereinten Deutschland vergleichen: Inwieweit stimmt beides überein?“
1 vollkommen; 2 im großen und ganzen; 3 teils-teils; 4 kaum; 5 überhaupt nicht

Jahr	1	2	3	4	5	X
1994	2	18	47	29	4	3,2
1996	3	18	50	26	3	3,1
1998	3	19	50	23	5	3,1

Koeffizienten für den gesamten Zeitraum 1994 bis 1998:

POP	KOP	NEP
32	48	20

Tabelle 8: Zurechtkommen mit der neuen Gesellschaft im Trend 1992 bis 1998 (in Prozent)

„Wie kommen Sie – alles in allem – mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht?“
1 vollkommen; 2; 3; 4; 5 überhaupt nicht

Jahr	1	2	(1+2)	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP
1992	16	57	(73)	23	3	1	2,2	–	–	–	–
1993	15	56	(71)	25	3	1	2,2	92:93	19	57	24
1994	19	57	(76)	20	4	0	2,1	93:94	24	62	14
1995	19	60	(79)	19	2	0	2,0	94:95	17	65	18
1996	18	61	(79)	17	4	0	2,1	95:96	15	66	19
1998	23	59	(82)	16	2	0	2,0	96:98	22	65	13

haben sich seit 1992 nur leicht verändert. Für die meisten Panelmitglieder ist charakteristisch, daß sie schon Bundesbürger sind, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben. Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist tiefer verwurzelt, als bisher angenommen wurde. Absehbar ist, daß die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik noch längere Zeit dauern wird.

6. Heutige Erfahrungen werten vielfach Schulkenntnisse über Kapitalismus auf

Im Zusammenhang mit der Untersuchung von Nachwirkungen der DDR-Sozialisation gehen wir seit 1994 der Frage nach, inwieweit für die Panelmitglieder das ihnen in der Schulzeit vermittelte Kapitalismusbild mit der heutigen Realität übereinstimmt (vgl. Tabelle 7).

Nur 28 % (23 + 5 %) verneinen 1998 eine Übereinstimmung zwischen dem Bild, das ihnen in der Schule von der BRD, vom Kapitalismus überhaupt vermittelt wurde, und der inzwischen selbst erlebten Realität. Für 22 % (3 + 19 %) stimmt das vor der Wende vermittelte Bild mit ihren Erfahrungen überein, 50 % äußern sich ambivalent. Der Trend

zwischen 1994 und 1998 läßt erkennen, daß der Anteil zustimmender Angaben leicht zugenommen hat (signifikant). Eine Tendenz zur nachträglichen Aufwertung des in der Schule Gelernten bei einem beträchtlichen Teil der Panelmitglieder ist nicht zu übersehen. Sie geht mit einer Positivierung der Urteile über die DDR einher: Je kritischer die Panelmitglieder die heutige Bundesrepublik sehen, desto günstiger bewerten sie die Situation in der DDR (und umgekehrt).

7. Immer mehr finden sich in der neuen Gesellschaft zurecht

Bemerkenswert ist, daß die skizzierten Probleme keineswegs gleichbedeutend sind mit wachsenden Schwierigkeiten, sich in der neuen Gesellschaft zurechtzufinden. Im Gegenteil: Die meisten Panelmitglieder kommen durchaus mit den neuen Verhältnissen zurecht – sogar mit zunehmender Tendenz. Darauf verweisen die hierzu vorliegenden Zeitreihen zwischen 1992 und 1998 (vgl. Tabelle 8).

82 % der Panelmitglieder lassen 1998 erkennen, daß sie mit der neuen Gesellschaft klarkommen (Antwortpositionen 1 und 2), fast ein Viertel davon ohne Abstriche. Nur 2 % haben offensichtlich größere Schwierigkeiten, die „Spielregeln“ des Systems zu durchschauen.

schnittforschung, Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 2. Beiheft 1998, S. 79.

III. Ausgewählte Einflußfaktoren

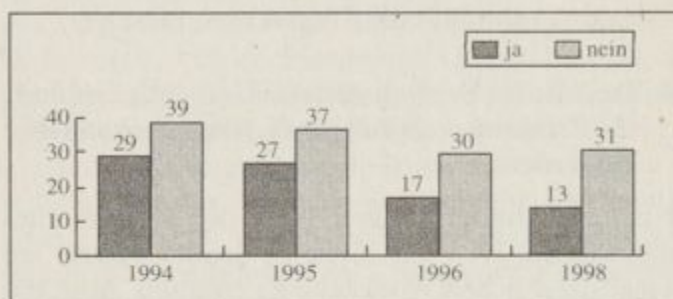
Dieser Beitrag bietet nicht den Platz für eine differenzierte Analyse der Faktoren, die hinter den erwähnten Entwicklungen stehen. Wir wollen lediglich auf einige von ihnen hinweisen, die unserer Studie zufolge eine besonders große Rolle spielen. Sie lassen sich überwiegend auf den gemeinsamen Nenner *persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem* bringen. Wie schon vor der Wende, so sind auch gegenwärtig nicht politische Rhetorik und Versprechungen von Parteien entscheidend für die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Realität. Wie auch aus anderen Untersuchungen hervorgeht, sind diese Erfahrungen hochgradig ambivalent. Danach befragt, welche persönlichen Erfahrungen sie in den (zum Befragungszeitpunkt) acht Jahren seit der Vereinigung mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht haben, äußern 1998 25 % der Panelmitglieder nur oder überwiegend positive und 6 % nur oder überwiegend negative Erfahrungen. Mit 69 % gibt die überwiegende Mehrheit an, sowohl positive als auch negative Erfahrungen gemacht zu haben. Diese Ambivalenz durchzieht die Ergebnisse der Studie von der Wende an, zunächst bei den Erwartungen an die deutsche Einheit, dann bei den Urteilen über ihre Folgen. Einige Einflußfaktoren sollen in gebotener Kürze genannt werden.

1. Persönlich erfahrene Arbeitslosigkeit

Die dramatische Beschäftigungssituation in Ostdeutschland widerspiegelt sich auch in der Population dieser Studie. Obwohl ihr Durchschnittsalter erst rund 25 Jahre beträgt, haben bis 1998 schon 55 % der Panelmitglieder selbst Arbeitslosigkeit erlebt. 32 % waren einmal, weitere 23 % mehrmals arbeitslos. Im Durchschnitt dauerte die Arbeitslosigkeit 9,3 Monate bei großen Unterschieden zwischen den Geschlechtergruppen: männliche Teilnehmer 6,9 Monate, weibliche 11,4 Monate. Länger als ein Jahr waren 15 % der männlichen Teilnehmer arbeitslos gegenüber 32 % der weiblichen. Außerdem geben 1998 37 % an, daß ihre Eltern (beide oder ein Elternteil) von Arbeitslosigkeit betroffen sind, bei 10 % ist der Lebenspartner arbeitslos. Daraus ergibt sich, daß bis 1998 70 % direkt oder indirekt mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden.

Der enorme Einfluß persönlich erfahrener Arbeitslosigkeit ist auch bei den Teilnehmern der Studie erkennbar. Starke Auswirkungen zeigen sich in ihrer gesamten Befindlichkeit (z. B. im signifikanten Rückgang ihrer Zukunftszuversicht

Abbildung 3: Zufriedenheit mit dem politischen System zwischen 1994 und 1998, differenziert danach, ob die Panelmitglieder arbeitslos waren („ja“) oder nicht („nein“) (zusammengefaßte Prozenzhäufigkeiten der Positionen „sehr zufrieden“ und „zufrieden“)



im allgemeinen und der beruflichen Zuversicht im besonderen, in der Zunahme von existentiellen Verunsicherungen wie der Angst vor einer persönlichen Notlage, von Depressionen usw.), aber auch in ihren politischen Orientierungen. Solche Auswirkungen sind auch aus anderen Untersuchungen bekannt. Die Längsschnittanalyse gestattet jedoch, diese Folgen als Ergebnis eines Prozesses darzustellen, der tatsächlich so abgelaufen ist. So zeigt sich, daß bei Panelmitgliedern, die arbeitslos waren, viele Trends anders verlaufen sind, als bei denen, für die das nicht zutrifft. Exemplarisch belegen wir das für den Trend der Zufriedenheit mit dem politischen System (vgl. Abb. 3):

Während bei den Panelmitgliedern, die schon ein- oder mehrmals arbeitslos waren, die Systemzufriedenheit deutlich geringer wurde, ist bei denen, für die das nicht zutrifft, nur ein tendenzieller Rückgang zu verzeichnen. Arbeitslosigkeit (und die damit verbundene Verunsicherung) ist eine der wesentlichen Ursachen für die zunehmende Distanz gegenüber dem politischen System. Ähnlich unterschiedliche Trendverläufe sind auch bei anderen politischen Einstellungen zu beobachten.

2. Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung

Die Panelmitglieder äußern sich mehrheitlich kritisch über die Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung. Nur 35 % von ihnen sind zufrieden (9 %) oder eher zufrieden als unzufrieden (26 %) mit ihren Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik. Noch weniger haben die Erfahrung gemacht, daß die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind: 4 %! Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch, daß nur 65 % zustimmen, in der Öffentlichkeit offen ihre Meinung sagen zu können. Mit 40 % stimmen noch weniger zu,

ihrem Vorgesetzten gegenüber mit ihrer Meinung nicht hinterm Berg halten zu müssen.

Eine Konsequenz ist – Zusammenhangsanalysen belegen es – die erwähnte zunehmende Distanz gegenüber dem politischen System. Wir teilen völlig die Auffassung von Gerhard Schmidtchen, daß geringe Mitwirkungsmöglichkeiten zu einer Erosion der Legitimität der Demokratie führen¹³.

3. Defizite im Erleben sozialer Gerechtigkeit und die Erfahrung, als Bürger II. Klasse behandelt zu werden

Nur eine Minderheit von 20 % der Panelmitglieder stimmt 1998 zu, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten. Auch die Chancen, es in der heutigen Gesellschaft durch Leistung zu etwas zu bringen, werden kritisch beurteilt: Nur 17 % äußern einschränkungslose Zufriedenheit, weitere 53 % sind eingeschränkt zufrieden, 30 % dagegen mehr oder weniger unzufrieden. Diese verbreitete Unzufriedenheit mit der real erlebten „Chancengerechtigkeit“ fördert ebenfalls eine kritische Sicht auf das politische System, auf die Gesellschaft insgesamt.

Über die Hälfte der Panelmitglieder (1998: 53 %) hat die Erfahrung gemacht, daß viele Westdeutsche die Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandeln, weitere 25 % äußern sich ambivalent, nur 22 % stellen das in Abrede. Solche Erfahrungen wirken sich deutlich auf die Systemzufriedenheit aus, dämpfen die Freude an der deutschen Einheit erheblich.

4. Nachwirkungen früherer Systembindungen

Die Anlage unserer Untersuchung als Längsschnittstudie über die Wende hinweg bietet die Möglichkeit, vermuteten Langzeitwirkungen früherer Identifikationen der Panelmitglieder mit dem Gesellschaftssystem der DDR exakt nachzugehen. Diese Analysen sind noch nicht abgeschlossen. Sicher ist, daß bei verschiedenen Sachverhalten solche Wirkungen bestehen, die häufig zunächst nur als Tendenzen auftraten, sich dann verstärkten und statistisch gesichert werden konnten. Bei der Grundeinstellung zur deutschen Einheit z. B. zeigten sich kurze Zeit nach der Wende, im Frühjahr 1990, noch deutliche Nachwirkungen früherer Systembindungen: Stark systemverbundene Panelmitglieder votierten signifikant weniger häufig für die Einheit als schwach systemverbundene¹⁴.

13 Vgl. G. Schmidtchen (Anm. 10), S. 271.

14 Zur Prüfung der Nachwirkungen früherer Systembindungen stützen wir uns auf einen bis 1989 verwendeten politischen Indikator, der sich als sehr trennscharf und aussagekräftig erweist. (Ausführlicher dazu siehe den Forschungsbericht „Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger.

In den folgenden Untersuchungswellen (1991 bis 1994) wurden keine Nachwirkungen mehr beobachtet, die Korrelationskoeffizienten für den Zusammenhang zwischen früherer Systembindung und Einstellung zur Einheit gingen gegen Null. Erst ab 1995 sind wieder zwar schwache, aber signifikante Zusammenhänge festzustellen. Früher stark systemverbundene Panelmitglieder sprechen sich (wieder) weniger für die Einheit aus als die übrigen Mitglieder, die Zahlen von 1998 ähneln stark denen vom Frühjahr 1990. Wir nehmen an, daß ein Teil jener Panelmitglieder, die vor der Wende stark systemverbunden waren, ihre ursprünglichen Einstellungen in der allgemeinen Euphorie der Nachwendezeit zunächst verdrängt – „vergessen“ – hatte. Sie wurden ihnen als Folge neuer, häufig ambivalenter oder sogar negativer Erfahrungen, aber auch einer zunehmend kritischen Stimmung in Ostdeutschland zum Verlauf des Vereinigungsprozesses allmählich wieder bewußt. Für diese Annahme spricht, daß der Einfluß früherer starker Systembindungen auf die Einstellung zur Einheit bei den Panelmitgliedern besonders deutlich ist, die bereits arbeitslos waren und erhebliche existentielle Verunsicherungen verarbeiten mußten. Frühere Systembindungen – die in der DDR erfahrene politische Sozialisation – wirken offensichtlich nicht zwangsläufig nach, sondern nur dann, wenn Erfahrungen vorliegen, die die damals verinnerlichten Ansichten und Orientierungen nachträglich als richtig erscheinen lassen. Diese These wird durch die Tatsache unterstützt, daß früher stark systemverbundene Panelmitglieder, die arbeitslos waren, deutlich häufiger als jene, die davon nicht betroffen waren, eine Übereinstimmung zwischen dem in der Schulzeit vermittelten Bild von der BRD und der heutigen Realität feststellen.

Bei verschiedenen Sachverhalten sind 1998 erstmals nennenswerte signifikante Nachwirkungen früherer Systembindungen zu beobachten. Das gilt z. B. für die Zufriedenheit mit dem politischen System in der Bundesrepublik, bei der 1996 keine Nachwirkungen festzustellen waren.

Für die Mitglieder unserer Studie kann alles in allem festgestellt werden, daß die stärksten, entscheidenden Einflüsse auf ihre heutigen Einstellungen zum neuen Gesellschaftssystem von den differenzierten persönlichen Erfahrungen ausgehen, die sie in diesem System bisher gesammelt haben und noch sammeln. Die nachgewiesenen signifikanten Nachwirkungen früherer Systembindungen sind demgegenüber zwar schwächer, jedoch durchaus beachtenswert und relevant. Spezifische statisti-

Längsschnittanalyse des politischen Einstellungswandels bei ostdeutschen Jugendlichen vor und nach der Wende“, Leipzig 1999).

sche Verfahren (multiple Regressionsanalysen) bestätigen das. Nachwirkungen treten vor allem bei jenen Panelmitgliedern auf, die vor der Wende stark systemverbunden waren und heute überwiegend negative Erfahrungen machen, insbesondere im Ergebnis von eigener Arbeitslosigkeit und deren Folgen wie z. B. starke existentielle Verunsicherung und Zukunftsangst. Der in dieser Zeitschrift geführten interessanten Diskussion über den Einfluß von früheren sozialisationen Prägungen und neuen Erfahrungen auf die heutigen politischen Einstellungen¹⁵ sei aus unserer Sicht hinzugefügt, daß stärker die möglichen Rückwirkungen ambivalenter oder negativer aktueller Erfahrungen auf frühere sozialistische Prägungen berücksichtigt werden sollten – auch bei jungen Menschen. Solche Erfahrungen können zu einem Wiederbewußtwerden und einer Verstärkung von vor der Wende verinnerlichten Auffassungen (z. B. über das kapitalistische Gesellschaftssystem) führen, wodurch die Distanz gegenüber der heutigen Ordnung und ihren Werten noch erhöht wird.

Langzeitwirkungen früherer Systembindungen auf die heutigen Einstellungen zur Gewalt und gegenüber Ausländern konnten übrigens bei den Teilnehmern unserer Studie nicht beobachtet werden. Auch die in der DDR praktizierte Gruppen-/Kollektivziehung hat nicht jene negativen Auswirkungen, wie sie jüngst insbesondere von Christian Pfeiffer unterstellt wurden¹⁶. Panelmitglieder, die in der 10. Klasse nach ihrer Zugehörigkeit zu zahlreichen Kollektiven/Gruppen (vom Kindergarten bis zur FDJ-Gruppe in der Schule) stark kollektivorientiert waren, äußern heute nicht häufiger Ausländerfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft als jene, für die das nur schwach zutrifft. Für die Richtigkeit der von Pfeiffer vertretenen Thesen gibt es aus der Sicht unserer Studie keinerlei Anhaltspunkte.

15. Vgl. u. a. D. Pollack (Anm. 10); Hans-Joachim Veen, *Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40–41/97, S. 19–28; Thomas Bulmahn, *Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40–41/97, S. 29–37; D. Fuchs/E. Roller/B. Weßels (Anm. 10); Detlef Pollack/Gerd Pickel, *Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 41–42/98, S. 9–23; Lothar Probst, *Ost-West-Differenzen und das republikanische Defizit der deutschen Einheit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 41–42/98, S. 3–8; Bernd Faulenbach, *Viele Prägungen werden nur langsam verschwinden*, in: *Das Parlament*, Nr. 46–47 vom 6./13. November 1998, S. 9; Hans-Jürgen Misselwitz, *Annäherung durch Wandel. Für eine neue Sicht auf die „innere Einheit“ und die Rolle der politischen Bildung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 7–8/99, S. 24–30.

16. Vgl. Anleitung zum Haß, *Der Kriminologe Christian Pfeiffer über das Erziehungssystem der DDR und die Folgen*, in: *Der Spiegel*, Nr. 12/1999, S. 60–66.

IV. Schlußbemerkungen

Um im Bilde des Themas dieses Beitrages zu bleiben: Die Teilnehmer unserer Studie haben rund zehn Jahre nach der politischen Wende bzw. neun Jahre nach der staatlichen Einheit ein beträchtliches Stück des nicht einfachen Weges aus der DDR in das nunmehr vereinte Deutschland zurückgelegt. Sie haben von diesem einheitlichen Deutschland Besitz ergriffen, finden sich zunehmend besser in ihm zurecht, nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile für ihre Persönlichkeitsentwicklung. Die deutsche Einheit ist für sie bereits zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die – von einer Minderheit abgesehen – nicht in Frage gestellt wird. Allerdings stehen viele von ihnen dem realen Vereinigungsprozeß emotional mit „gemischten Gefühlen“ gegenüber, vor allem dann, wenn sie selbst von negativen Folgen dieses Prozesses betroffen sind. An erster Stelle ist hier die Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu nennen, mit der bereits über die Hälfte der Teilnehmer der Studie direkt konfrontiert wurde. Kritisch sehen sehr viele aber auch ihre geringen Möglichkeiten zur demokratischen Mitgestaltung, erlebte Defizite auf dem Gebiet der Chancengerechtigkeit, die Behandlung als Bürger zweiter Klasse seitens vieler Westdeutscher.

Diese und weitere negativen Folgen sind auch verantwortlich dafür, daß politisch gesehen erst ein kleiner Teil von ihnen in der neuen Gesellschaft angekommen ist. Symptomatisch dafür ist ihre geringe, dazu deutlich rückläufige Zufriedenheit mit dem politischen System, ebenso ihre Zurückhaltung bei einer von Resten der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik. Nach wie vor befinden sie sich hinsichtlich ihrer politischen Orientierungen und Identifikationen, ihrer gesamten politischen Mentalität in einem intensiven Such- und Wandlungsprozeß. Das wird sich gewiß so bald nicht ändern. Auch künftig erwarten wir starke, möglicherweise heute noch nicht absehbare Veränderungen ihrer Bewußtseinslage als Folge des anhaltenden politischen und sozialen Wandels in Ostdeutschland. Das schließt die Möglichkeit einer weiteren Verstärkung von Langzeitwirkungen früherer Systembindungen, das Wiederbewußtwerden in der DDR verinnerlichter Einstellungen und Werte, durchaus mit ein.

Gerade deshalb möchten wir die Mitglieder unseres Panels noch einige Jahre auf ihrem Weg in das neue Gesellschaftssystem wissenschaftlich begleiten. Im Rahmen der jüngsten Befragung 1998 erklärten sich faktisch alle Panelmitglieder dazu bereit.

Ältere und alte Menschen in den neuen Bundesländern im zehnten Jahr nach der Wende

Eine sozialwissenschaftliche Bilanz

I. Vorbemerkungen

Die eruptive Umgestaltung des gesamten politischen Systems seit 1989 hat die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Lebens in Ostdeutschland in kürzester Zeit von Grund auf verändert. Mit der Vereinigung galten quasi über Nacht neue politische, rechtliche und institutionelle Gegebenheiten, Regeln und Verhaltensnormen, die die Lebensbedingungen und die individuellen Lebensverläufe aller Altersgruppen, Erwerbsbiographien, Einkommensverläufe, sozialen Beziehungen u. a. beeinflussten. Welche Auswirkungen die transformierten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und sozialpolitischen Regelungen auf die Lebenslagen der älteren und alten Mitbürger in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost im bisher abgelaufenen Vereinigungsprozeß haben, ist Gegenstand des Aufsatzes.

Um die Veränderungs- und Angleichungsprozesse quantifizieren zu können, wird zunächst vom Kriterium des Lebensstandards ausgegangen, wobei sich die Analyse auf die wichtigsten Dimensionen der Lebensverhältnisse der Bevölkerung beschränkt: Einkommen, Wohnbedingungen und Erwerbstätigkeit. Der anschließende Abschnitt befaßt sich mit der subjektiven Reflexion des sozialen Wandels. Hierbei wird analysiert, wie die älteren Menschen die für sie neuen Lebensumstände wahrnehmen und bewerten und welche Zufriedenheiten und Zukunftserwartungen sich herausgebildet haben. Für die Analyse werden zwei unterschiedliche Referenzpunkte herangezogen: die Lebenslagen älterer Menschen in der DDR, um – vor dem Hintergrund der Ausgangsbedingungen – zu Aussagen über die Fortentwicklung des Transformationsprozesses zu gelangen sowie die Lebenslagen älterer Menschen im früheren Bundesgebiet, um die seit der deutschen Einheit erreichten Ergebnisse bei der Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu verdeutlichen und um auf neue Probleme aufmerksam zu machen. Die Darstellung erfolgt auf der Grundlage der seit 1990 zweijährig erstellten Alten- und Sozialreports

des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e. V. (SFZ), in denen die Lebensverhältnisse der Ostdeutschen repräsentativ dargelegt werden, sowie anderer Umfrageergebnisse und Daten der amtlichen Statistik.

II. Veränderungen in den Lebenslagen

Nach offiziellem DDR-Verständnis war es programmatisches Ziel und Aufgabe der gesamten Gesellschaft, den Bürgern im Rentenalter einen Lebensabend in sozialer Sicherheit und Geborgenheit zu gewährleisten, ihnen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in noch größerem Umfang zu ermöglichen sowie die kulturelle, soziale und medizinische Betreuung auszubauen. Dieses Ziel ließ sich aufgrund systemimmanenter Effizienzängel nur partiell verwirklichen. Dies führte dazu, daß sich die soziale Lage älterer Menschen verschlechterte, Defizite und Mängel die soziale und medizinische Betreuungssituation in den achtziger Jahren bestimmten und die älteren Menschen zu einer sozialen Randgruppe wurden.

1. Einkommen und Vermögen

Die durchschnittliche Altersrente machte in der DDR niemals mehr als ein Drittel des Durchschnittsbruttoeinkommens der Arbeiter und Angestellten aus. Dieses betrug 1988 ca. 1 280 Mark, die Durchschnittsaltersrente 381 Mark. Nach der Rentenerhöhung im Dezember 1989 betrug die neue Durchschnittsrente 445 Mark, die der Männer 518 Mark und die der Frauen 417 Mark. Eine Altersrente aus der Sozialversicherung konnte maximal monatlich 510 Mark betragen¹.

Etwa ein Drittel aller Altersrentner und -rentnerinnen erhielt darüber hinaus eine Rentenleistung

1 Vgl. Herbert Püschel, Die Entwicklung der Renten im Osten Deutschlands (Sowjetische Besatzungszone – DDR), in: Herbert Mrotzek/H. Püschel, Krankenversicherung und Alterssicherung, Opladen 1997, S. 240.

Tabelle 1: Entwicklung der durchschnittlichen Zahlbeträge der Versichertenrenten am jeweiligen Anpassungstermin 1990 bis 1998 (in DM)

Stichtag	durchschnittliche Altersrenten			
	in den neuen Ländern und Berlin-Ost		im früheren Bundesgebiet	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1. 7. 1990	739	524	1 558	658
1. 7. 1991	992	716	1 635	693
1. 7. 1992	1 242	826	1 691	728
1. 7. 1994	1 605	1 016	1 813	793
1. 7. 1996	1 767	1 087	1 802	809
1. 7. 1998	1 877	1 147	1 833	852

Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), Frankfurt am Main, Rentenversicherung in Zeitreihen, Arbeitsmaterialien des Referats Statistik, August 1999.

aus der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZR). Der Durchschnittsbetrag je Rente mit FZR bezifferte sich im Dezember 1989 auf rund 555 Mark². Höhere Renten erhielten die Mitglieder der rund 30 Zusatzversorgungssysteme (u. a. technische und wissenschaftliche Intelligenz, Ärzte und Tierärzte, Staatsapparat, Parteien, gesellschaftliche Organisationen) bzw. Sonderversorgungssysteme (Armee, Polizei, Berufsfeuerwehr, Strafvollzug, Zollverwaltung, Staatssicherheit), deren Beträge aber in keiner amtlichen Statistik veröffentlicht worden sind.

Die Übertragung des westdeutschen Alterssicherungssystems mit modifizierten Elementen (zeitlich befristete Sozialzuschläge und Auffüllbeträge) und die halbjährlichen Rentenanpassungen führten zu einer deutlichen Anhebung der Renteneinkommen (Tabelle 1). Die ostdeutschen Renten stiegen von 55,6 Prozent des westdeutschen Rentenniveaus 1990 auf 110 Prozent im Juli 1998.

Die relativ hohen Ostrenten resultieren daraus, daß die Männer in der DDR erst mit 65 Jahren eine Altersrente beanspruchen konnten und die Frauen langjährig erwerbstätig waren. Während die durchschnittlichen Versichertenrenten 1998 im früheren Bundesgebiet bei Männern auf 40,0 Jahren rentenrechtliche Zeiten und bei Frauen auf 26,6 Jahren beruhten, lagen den Ostrenten bei Männern im Durchschnitt 43,4 Jahre und bei Frauen 40,2 Jahre zugrunde³. Die in Tabelle 1 angegebenen Durchschnittswerte sind aber nur

2 Vgl. Klaus-Peter Schwitzer (Hrsg.), *Altenreport '90*. Zur sozialen Lage von Altersrentnerinnen und Altersrentnern in der DDR, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, 137 (1990) Sonderausgabe 10+11, S. 7.

3 Vgl. Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.), *Rentenversicherung in Zeitreihen*, Frankfurt am Main 1999, S. 95.

Tabelle 2: Schichtung der Rentenzahlbeträge im Rentenbestand in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1997 (in Prozent)

Rentenzahlbe- trag von... bis unter... DM	Renten wegen Alters		Renten wegen Todes	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
unter 1 000	0,8	34,5	98,0	54,1
1 000 – 1 500	12,0	51,2	1,8	39,6
1 500 – 2 000	42,7	11,4	0,2	5,6
2 000 – 2 500	31,1	2,6	0,0	0,6
2 500 – 3 000	11,7	0,2	0,0	0,1
3 000 – 3 500	1,4	0,0	0,0	0,0
3 500 u. höher	0,3	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	100	100	100	100

Quelle: VDR Statistik Rentenbestand, Bd. 124, Frankfurt am Main 1998, S. 222, 235.

bedingt aussagefähig, da sie nichts über die Verteilung der Einkommen aussagen und in Ost und West eine völlig andere Versichertenklientel besteht. So bezieht ein gutes Drittel der ostdeutschen Frauen eine Altersrente unter 1 000 und die Hälfte eine Rente zwischen 1 000 bis 1 500 DM, während fast ein Drittel der Männer zwischen 2 000 bis 2 500 DM erhält (Tabelle 2)⁴.

Anders als im früheren Bundesgebiet sind im Osten nahezu alle über 60jährigen durch die gesetzliche Rentenversicherung abgesichert. Damit gehen auch die relativ hohen Rentenbeträge von Ärzten, Rechtsanwälten, Wissenschaftlern und von ehemals in beamtenähnlichen Funktionen Tätigen in die Berechnung der Durchschnittsrente ein. Außerdem kann in Westdeutschland von niedrigen Frauenrenten nicht automatisch auf geringfügige Haushaltseinkommen geschlossen werden, da dort die Einkommenssituation älterer Frauen stärker als die der Männer vom Familienstand geprägt ist⁵. Die ost- und westdeutschen Rentnerhaushalte unterscheiden sich weiterhin wesentlich in der Struktur der Einkommen (Tabelle 3)⁶. Jeder vierte ostdeutsche Haushalt der 40- bis 69jährigen bezog 1996 zumindest einen Teil des Haushaltseinkommens aus Leistungen des Arbeitsamtes.

Für die ostdeutschen Altersrentnerinnen und -rentner beruht die Alterssicherung nahezu ausschließlich auf den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung, Betriebsrenten oder Zusatzversicherungen der Angestellten und Arbeiter des

4 Vgl. ders. (Hrsg.), *VDR Statistik Rentenbestand*, Frankfurt am Main 1998, S. 222, S. 235.

5 Vgl. Klaus Kortmann u. a., *Alterssicherung in Deutschland 1992 (ASID '92)*, Bd. 2: Strukturdaten zur Einkommenssituation von Personen und Ehepaaren ab 55 Jahre, München 1994, S. 82.

6 Vgl. Martin Kohli/Harald Kühnemund (Hrsg.), *Die zweite Lebenshälfte – Gesellschaftliche Lage und Partizipation*. Ergebnisse des Alters-Survey, Bd. 1, Berlin 1998, S. 60f.

Tabelle 3: Struktur der Haushaltseinkommen in Ost- und Westdeutschland nach Altersgruppen 1996 (in Prozent)

Art des Einkommens/Einkünfte aus . . .	40 – 54 Jahre		55 – 69 Jahre		70 – 85 Jahre	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Erwerbstätigkeit	93,9	96,5	46,3	55,0	8,6	12,5
Renten*	11,9	12,3	68,8	62,8	100	99,8
Auffüllbetrag o. Sozialzuschlag	2,7	–	19,4	–	43,3	–
Betriebsrente/Zusatzvers. des öffentl. Dienstes	1,0	2,9	2,5	16,8	2,2	27,4
Arbeitslosengeld o. a. Leistungen des Arbeitsamtes	24,9	5,8	24,9	10,1	1,8	1,0
Sozialhilfe/lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt	0,5	0,6	1,2	1,1	0,4	2,8
sonstige staatl. Leistungen**	8,5	5,1	4,7	2,3	0,7	1,8
Vermietung, Verpachtung, Kapitalvermögen	8,3	20,7	9,1	20,5	5,8	17,3
einer priv. Lebensversicherung/Versorgungspläne	0,0	0,3	0,0	0,7	0,0	0,5
Leistungen der sozialen Pflegeversicherung	1,2	1,8	2,3	3,2	4,8	3,4
sonstige Einkommen	8,3	5,6	3,2	2,7	2,1	2,0

* Altersrenten, Pensionen, Witwen-, Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten.

** Erziehungs-, Wohngeld, Aus- und Weiterbildungsförderung.

Quelle: Alters-Survey 1996 (gewichtet), Ergebnisse des Alters-Survey, Bd. I, Berlin 1998, S. 61, S. 63.

öffentlichen Dienstes spielen in den neuen Bundesländern nur eine unbedeutende Rolle, ebenso Einkünfte aus Vermietung, Verpachtung und Einkommen aus Kapitalvermögen. Die Möglichkeit einer Eigenvorsorge im Sinne von renditeträchtigen Kapitalanlagen, des Erwerbs von Eigentumswohnungen u. a. gab es in der DDR nicht. Anders als im westlichen Landesteil der Bundesrepublik konnten dort die Rentnerhaushalte im Verlauf der 40 Jahre DDR nur bescheidene Vermögen ansammeln, vor allem Spareinlagen (durchschnittlich 11 400 Mark). Daraus wurden nach der Währungsunion durchschnittlich 8 700 DM⁷. 1997 entfielen auf die privaten Haushalte in den neuen Bundesländern, die 18 Prozent aller Haushalte in Deutschland stellen, rund 7 Prozent des Geld-, 8 Prozent des Immobilien- und 14 Prozent des Gebrauchsvermögens. Die ostdeutschen Durchschnittsbeträge machten dabei 32 Prozent (1990: 19 Prozent) beim Geldvermögen und beim Haus- und Grundbesitz 37 Prozent (1990 : 15 Prozent) der westdeutschen Vergleichswerte aus⁸. Daß seit der Vereinigung auch die ostdeutschen Rentnerhaushalte aufgeholt haben, verdeutlicht Tabelle 4⁹.

Die Einkommensentwicklung der Rentnerhaushalte und die Erfahrung der Haushaltsmitglieder, daß das verfügbare Einkommen in den Jahren

1990 bis 1998 stärker als die Lebenshaltungskosten gestiegen ist, finden ihren Niederschlag in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage sowie in der Beurteilung der Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung. Dabei bewerten die Jüngeren ihre Lebenssituation weniger positiv als die Älteren – seit 1994 mit abnehmender Tendenz (Tabelle 5)¹⁰.

Das monatliche Haushaltseinkommen ermöglicht in der Hälfte der Haushalte über 60jähriger die Befriedigung der Bedürfnisse ohne Einschränkungen (1990: 25 Prozent) und wird von neun Prozent der Haushalte (1990: 21 Prozent) als zu gering bewertet.

2. Haushaltsausstattung

Der seit 1990 angestiegene materielle Lebensstandard ostdeutscher Rentnerhaushalte zeigt sich auch in der Modernisierung der Haushaltsausstattung. Dabei traten in Ostdeutschland, anders als in Westdeutschland, wo die alten Menschen „mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung von der allgemeinen Anhebung des Lebensstandards und von der verbesserten Ausstattung der Infrastruktur, der Dienstleistungs- und Versorgungsangebote profitiert [haben]“¹¹, die positiven Wirkungen der

7 Vgl. Klaus-Peter Schwitzer, Alte Menschen in den neuen Bundesländern. Das andere deutsche Alter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/93, S. 42 f.

8 Vgl. Klaus-Dietrich Bedau, Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, in: DIW-Wochenbericht, (1999) 30, S. 2.

9 Vgl. M. Kohli/H. Kühnemund (Anm. 6), S. 89.

10 Vgl. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e. V. (SFZ), Sozialreport 50+ 1998, Berlin 1998, S. 55 ff.

11 Magret Dieck, Besondere Perspektiven des Alterns und Alters im vereinten Deutschland, in: Paul B. Baltes/Jürgen Mittelstraß (Hrsg.), Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung, Berlin 1992, S. 641.

Tabelle 4: Umfang der Geldvermögen in Ost- und Westdeutschland 1996 (in Prozent)

Geldvermögen von... bis unter... DM	55 – 69 Jahre			70 – 85 Jahre		
	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
unter 5 000						
West	6,3	8,1	7,2	5,4	9,8	8,1
Ost	10,6	16,3	13,4	3,1	14,9	10,6
5 000 – 10 000						
West	8,0	10,5	9,2	10,1	14,5	12,8
Ost	14,8	19,3	17,0	26,1	20,8	22,7
10 000 – 25 000						
West	15,5	14,5	15,0	11,9	16,8	14,9
Ost	23,1	22,4	22,7	31,7	23,2	26,3
25 000 – 50 000						
West	19,1	14,2	16,7	18,4	10,5	13,6
Ost	20,1	14,5	17,3	18,0	11,3	13,7
50 000 – 100 000						
West	16,8	16,6	16,7	17,5	8,6	12,0
Ost	9,8	7,0	8,4	6,8	4,8	5,5
100 000 – 200 000						
West	9,5	7,2	8,4	7,4	5,6	6,3
Ost	3,0	1,3	2,2	1,2	1,2	1,2
200 000 u. darüber						
West	7,1	5,7	6,3	8,9	3,0	5,3
Ost	0,8	0,0	0,4	0,6	0,0	0,2
Kein Vermögen						
West	17,7	23,2	20,5	20,4	31,2	27
Ost	17,8	19,2	18,6	12,5	23,8	19,8

Quelle: Alters-Survey 1996 (gewichtet) (wie bei Tabelle 3), S. 89.

Tabelle 5: Bewertung der wirtschaftlichen Lage und der Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1998 (in Prozent)

Altersgruppe von... bis... Jahre	Bewertung der wirtschaftlichen Lage			Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung		
	sehr gut/gut	teils/teils	schlecht/sehr schlecht	ja	ja, mit Ein- schränkungen	nein, zu knapp
45 – 59						
1994	40	47	12	42	41	18
1998	36	42	21	31	42	28
60 J. u. älter						
1990	–	–	–	25	51	21
1992	54	40	6	37	48	14
1994	56	37	7	48	41	10
1998	56	37	5	51	36	8

Differenz zu 100: keine Antwort.

Quelle: SFZ, Sozialreport 50+ 1998, Berlin 1998, S. 55 u. S. 58 f.

Wohlstandsentwicklung relativ kurzfristig ein. Im Januar 1993 gab es bei der „Standardausstattung“ der Haushalte kaum noch nennenswerte Unterschiede zwischen Ost und West. Lediglich Geschirrspülmaschinen, Mikrowellengeräte, Telefone, Videorecorder und CD-Player waren unterschiedlich verbreitet. Seitdem ist die Neu- und Ersatzausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern für Hauswirtschaft und Freizeit in Ostdeutschland fortgeschritten. Größere Unterschiede bestehen noch bei der Ausstattung mit Geschirrspülmaschinen und Wäschetrocknern¹².

3. Betroffenheit von Armut

Zehn Prozent aller Haushalte und 45 Prozent der Rentnerhaushalte in der DDR lebten 1988 in relativer Einkommensarmut, d.h., das monatliche Äquivalenzeinkommen betrug weniger als 50 Prozent des gesellschaftlichen Durchschnittseinkommens¹³. Aufgrund der einstigen Vollbeschäftigung und der höheren Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen sowie durch die Überleitung der in der DDR erworbenen Rentenansprüche

12 Vgl. Günter Manz, Armut in der DDR-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende, Augsburg 1992, S. 88.

Tabelle 6: Erwerbslose und Erwerbslosenquoten* 1991 – 1998

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahre	Neue Länder und Berlin-Ost				Früh. Bundesgebiet	
	Oktober 1991		April 1998		Männer	Frauen
	Männer	Frauen	Männer	Frauen		
Erwerbslose in 1 000						
insgesamt	425	714	751	887	1 603	1 161
45 – 55	99	172	157	200	303	247
55 – 60	41	42	162	196	308	182
60 Jahre u. älter	17	–	17	–	63	20
Erwerbslosenquote in Prozent						
insgesamt	10,2	17,9	18,9	24,3	9,9	9,3
45 – 55	10,2	17,1	19,3	24,4	9,0	9,2
55 – 60	15,5	26,7	35,9	44,2	18,5	16,3
60 Jahre u. älter	22,8	–	22,0	–	12,3	9,2

* Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 4 Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost, Mikrozensus-Zusatzerhebung Oktober 1991, Wiesbaden 1992, S. 77; Reihe 4.1.1 Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1998, S. 244, S. 334.

sind die ostdeutschen älteren Menschen seit der Vereinigung weit weniger als jüngere und minder häufig als westdeutsche Rentnerhaushalte von Einkommensarmut betroffen. 1990 betrug die Armutsrate bei den Ein-Personen-Haushalten der Altersgruppe 66 Jahre und älter in Ostdeutschland 5,3 Prozent (Westdeutschland 6,4) und 1,5 Prozent bei den Partner-Haushalten dieser Altersgruppe (Westdeutschland 3,9). Bei den Ein-Personen-Haushalten ging die Rate im Osten von 1990 bis 1995 auf 2,3 Prozent und bei den Partner-Haushalten auf 1,6 Prozent zurück¹⁴.

Bei den über 50jährigen Ostdeutschen vollzog sich ein Anstieg der Einkommensarmut von rund vier Prozent (1994) auf acht Prozent 1998. Davon betroffen waren vor allem Arbeitslose (19 Prozent), in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) Beschäftigte (elf Prozent), 50- bis 59jährige (zehn Prozent), Rentner (fünf Prozent) sowie mehr Frauen als Männer (elf gegenüber zwei Prozent)¹⁵.

4. Erwerbstätigkeit

In den ersten Jahren nach der Vereinigung trat ein dramatischer Rückgang der Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern ein, nicht zuletzt durch extensive Vorruhestandsregelungen. Die Zahl der Erwerbstätigen ging von 1989 bis 1992 um über ein Drittel von 10,4 Millionen auf 6,5 Millionen zurück. Dabei wurden die älteren Arbeitnehmer vom Arbeitsplatzabbau und der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland überproportional betroffen. Die Erwerbstätigenquote der 55- bis 59jährigen Männer sank in den Jahren 1989 bis 1991 von 93,7 Prozent

auf 69,0 Prozent und bei den 60- bis 64jährigen Männern von 77,2 auf 28,4 Prozent. Unter den älteren Frauen mußten noch mehr ihren Arbeitsplatz räumen¹⁶. Nach dem Auslaufen der Vorruhestandsregelungen und der Anhebung der Grenzen für den Eintritt in das Rentenalter erhöhte sich die Zahl der Erwerbslosen¹⁷ bei den über 55jährigen weiter. Im April 1998 waren von den ostdeutschen Männern dieser Altersgruppe 179 000, von den Frauen 196 000 erwerbslos, d. h., die Zahl der erwerbslosen Männer erhöhte sich von Oktober 1991 um über 200 und die der Frauen um fast 400 Prozent (Tabelle 6)¹⁸.

Während die Erwerbslosenquoten bei den 45- bis unter 55jährigen in Deutschland in etwa dem Durchschnitt entsprechen, steigen diese bei den über 55jährigen beträchtlich an. In den neuen Ländern sind die Frauen stärker von Erwerbslosigkeit betroffen als Männer, und für beide Geschlechter gilt, daß die Erwerbslosenquoten doppelt so hoch sind wie im früheren Bundesgebiet. 1998 waren 58 Prozent aller über 50jährigen Ostdeutschen bereits einmal oder mehrmals arbeitslos (49 Prozent der Männer und 67 Prozent der Frauen), davon rund ein Drittel der Frauen und etwa 15 Prozent der Männer länger als zwei Jahre¹⁹.

16 Vgl. Richard Hauser u. a., Ungleichheit und Sozialpolitik, Opladen 1996, S. 253.

17 Die folgenden Ausführungen beruhen nicht auf den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit, sondern stützen sich auf Ergebnisse des Mikrozensus. Die dort ausgewiesene Zahl der Erwerbslosen umfaßt, anders als der Arbeitslosenbegriff, u. a. auch nicht beim Arbeitsamt registrierte Arbeitssuchende sowie geringfügig Erwerbstätige, selbst wenn sie als Arbeitslose beim Arbeitsamt registriert sind.

18 Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1 Reihe 4. Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern und Berlin-Ost, Wiesbaden 1992, S. 77, und Reihe 4.1.1 Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1998, Wiesbaden 1999, S. 244, 334.

19 Vgl. SFZ (Anm. 10), S. 142.

14 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1997, S. 524.

15 Vgl. SFZ (Anm. 10), S. 112 f.

5. Wohnbedingungen

In der DDR kam es durch die vorrangige Vergabe der Wohnungen an jüngere Familien zu sozialen Segregationserscheinungen. Ältere Menschen lebten in überdurchschnittlichem Maße in verschlissenen Altbauwohnungen, Altbauwohngebieten bzw. in Städten mit geringem Wohnungsneubau.

Seit 1990 wurden 69 Prozent der Häuser, in denen über 60jährige leben, saniert bzw. modernisiert. Der im Osten zum Erbe der DDR gehörende Substandard (kein Innen-WC, fehlendes Bad, Ofenheizung) ist beseitigt, und die vormals beträchtlichen Unterschiede im Ausstattungsniveau zwischen Gemeinde- und Ortsgrößen haben sich bis 1998 angeglichen (Tabelle 7)²⁰.

Tabelle 7: Wohnungsausstattung über 60jähriger in Ost- und Westdeutschland 1990 – 1998 (in Prozent)

	West 1989	1990	Ost 1994	1998
Innen-WC	96	82	91	96
Bad/Dusche	97	74	91	96
moderne Heizung*	80	39	62	89
Telefon	68	17**	46	83

* Fern-, Zentral-, Gas- und Etagenheizung.

** Ein-Personen-Rentnerhaushalte: 8 Prozent.

Quelle: SOEP-West 1989, SOEP-Ost 1990, sfz/leben '94 – '98 (gewichtet), SFZ, Sozialreport 50+ 1998, Berlin 1998, S. 154.

III. Subjektive Reflexionen des Vereinigungsprozesses

1. Zufriedenheit und Zukunftszuversicht

Die Mehrheit der älteren Menschen in Ostdeutschland ist mit ihrem Leben zufrieden. Der Anteil der Zufriedenen stieg bei den über 60jährigen Ostdeutschen von 44 Prozent 1990 auf 61 Prozent 1998; der Anteil der Unzufriedenen ging von 11 Prozent 1990 auf 8 Prozent 1998 zurück. In den jüngeren Altersgruppen, in denen die Zufriedenheit geringer und die Unzufriedenheit etwas höher ausgeprägt ist, wird die Lebenszufriedenheit wesentlich vom Erwerbsstatus bestimmt (Tabelle 8).

Die hohe allgemeine Lebenszufriedenheit geht einher mit der Unzufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen. Wird die Bewertung der Lebensbereiche seit 1990 betrachtet, so wird deutlich, daß sich die Zufriedenheitswerte in einigen Berei-

Tabelle 8: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig – alles in allem – mit ihrem Leben?“ Neue Bundesländer und Berlin-Ost 1998 (in Prozent)

Altersgruppe von ... bis ...	sehr zufrie- den	zufrie- den	teil- weise zufrie- den	unzu- frieden	sehr unzu- frieden
50 – 54	6	47	31	12	4
55 – 59	4	45	38	9	4
60 Jahre u. älter	6	55	32	6	2
Erwerbstätige	7	60	27	4	2
Arbeitsl./ABM	3	30	44	17	7

Differenz zu 100: keine Antwort.

Datenbasis: sfz/leben '94 – '98 (gewichtet).

Quelle: SFZ, Sozialreport 50+ 1998, Berlin 1998, S. 32 f.

chen relativieren (medizinische Betreuung, persönliche Sicherheit, Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung), aber seit Mitte der neunziger Jahre tendenziell sinken (Tabelle 9).

Tabelle 9: Zufriedenheit mit Lebensbereichen über 60jähriger in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1990 – 1998 (in Prozent)

	Jahr	sehr zufriede- den/zufrie- den	unzufrie- den/sehr ... den
Verhältnis von Einkommen und Preisen	1990	2	54
	1994	14	38
	1998	15	41
Gesundheitswesen	1990	35	14
	1994	61	11
	1998	34	24
Freizeitgestaltung	1990	38	24
	1994	63	7
	1998	65	4
soziale Sicherheit	1990	43	13
	1994	38	23
	1998	24	33
Wohnung	1990	81	5
	1994	82	6
	1998	82	3
Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung	1991	9	39
	1994	27	22
	1998	21	24
persönliche Sicherheit	1991	19	39
	1994	41	30
	1998	35	28
Stand der Demokratieentwicklung	1990	11	28
	1994	24	25
	1998	11	45
Zukunftsaussichten für das eigene Leben*	1994	49	14
	1998	36	8

* erst ab 1994 erfaßt.

Datenbasis: sfz/leben '90 – '98 (gewichtet).

Quelle: SFZ, Sozialreport 50+ 1998, Berlin 1998, S. 34.

20 Vgl. SFZ (Anm. 10), S. 149 f.

**Tabelle 10: „Ist die deutsche Einheit für Sie insgesamt gesehen . . .?“
1994 – 1998 – Neue Bundesländer und Berlin-Ost (in Prozent)**

	NBL Gesamt		50 – 59 Jahre		60 Jahre u. älter	
	1994	1998	1994	1998	1994	1998
... vor allem Gewinn	19	11	12	6	23	10
... mehr Gewinn als Verlust	24	22	16	25	26	24
... sowohl . . . als auch . . .	38	43	37	41	37	43
... mehr Verlust als Gewinn	15	19	26	24	13	18
... vor allem Verlust	2	3	8	4	2	3

Differenz zu 100: ohne Antwort.

Datenbasis: sfz/50+ '94 – '98 (gewichtet).

Quelle: SFZ, Sozialreport 50+ 1994, Berlin 1994, S. 209; SFZ, Sozialreport 50+ 1998, Berlin 1998, S. 292f.

Ein erheblicher Rückgang des Zufriedenheitsniveaus betrifft die Bewertung der sozialen Sicherheit, der Möglichkeit demokratischer Mitwirkung und Bürgerbeteiligung. Unterschiede zwischen der Altersgruppe der 50- bis 59jährigen und den über 60jährigen bestehen in der höheren Unzufriedenheit der Jüngeren mit dem Einkommen (50 zu 41 Prozent) und der sozialen Sicherheit (44 zu 33 Prozent). Zu konstatieren ist weiterhin die Abnahme der Zukunftszuversicht der über 60jährigen. Während 1992 in bezug auf die Entwicklung der nächsten Wochen und Monate 28 Prozent vor allem Hoffnungen und 25 Prozent vor allem Befürchtungen hatten²¹, lagen die Anteile 1998 bei 20 bzw. 31 Prozent.

Die zunehmende Unzufriedenheit mit bestimmten Lebensbereichen und die abnehmende Zukunftszuversicht lassen sich nicht auf die etwaige Verschlechterung der objektiven Lebensbedingungen und persönlichen Lebensumstände von 1990 bis zur Gegenwart zurückführen, sondern auf die negativere Bewertung der gesellschaftlichen Realität. Dieser Vertrauensverlust in das wirtschaftliche und politische System und der gewachsene Pessimismus sind seit Mitte der neunziger Jahre auch in Westdeutschland erkennbar. Dort wird die Zukunft des Netzes der sozialen Sicherung ebenfalls sehr skeptisch beurteilt, und bei der Einschätzung der Lebensbereiche wurde 1995 kein Bereich so positiv bewertet wie 1991²².

2. Gewinn-Verlust-Bilanzierung

Nach neun Jahren deutscher Einheit zählt sich etwa jeder dritte der über 60jährigen ostdeutschen Mitbürgerinnen und -bürger zu den Gewinnern der Einheit, bei jedem fünften überwiegen die Verluste (Tabelle 10).

Die Tabelle 10 verdeutlicht, daß die Bewertung 1998 kritischer als vor vier Jahren ausfällt und daß

21 Vgl. Klaus-Peter Schwitzer/Gunnar Winkler (Hrsg.), *Altenreport 1992*, Berlin 1993, S. 178.

22 Vgl. Statistisches Bundesamt (Anm. 14), S. 439, S. 444.

Verlustbewertungen bei den 50- bis 59jährigen aufgrund ihrer spezifischen Lebenslage häufiger auftreten als bei den älteren (wenn auch geringer als 1994).

Bezogen auf einzelne Lebensbereiche überwiegt der Gewinn beim Angebot an Waren und Dienstleistungen, bei den Möglichkeiten zu reisen und gut zu leben sowie bei der errungenen persönlichen Freiheit und bei der Wohnqualität. Verluste werden dagegen in der persönlichen und sozialen Sicherheit und bei den 50- bis 59jährigen im Bereich Arbeit und in den sozialen Beziehungen wahrgenommen (Tabelle 11).

Tabelle 11: Gewinn-Verlust-Bilanz in Bezug auf ausgewählte Lebensbereiche 1998 – Neue Länder und Berlin-Ost (in Prozent)

	Gewinn überwiegt		Verlust überwiegt	
	50 – 59 Jahre	60 J. u. älter	50 – 59 Jahre	60 J. u. älter
Warenangebot	92	80	7	6
Reisen	69	63	23	13
persönliche Freiheit	62	51	33	28
Wohnen	57	53	36	34
gut leben	52	51	41	28
Umwelt	49	39	41	40
soziale Beziehungen	29	33	51	42
Umgang mit Behörden	27	24	62	54
Politik	25	17	42	41
Kinder	23	23	37	26
Arbeit	22	3	73	42
soziale Sicherheit	11	20	86	62
persönliche Sicherheit	11	12	82	71

Datenbasis: sfz/leben 50+ '98 (gewichtet).

Quelle: SFZ, Sozialreport 50+ 1998, Berlin 1998, S. 294.

Daß die Ostdeutschen vor allem den Verlust der sozialen Sicherheit und die Jüngeren den Verlust der Arbeit zum Ausdruck bringen, resultiert aus der für die Ostdeutschen neuen existentiellen Unsicherheit (Arbeitslosigkeit, Ersatzbeschäftigung in befrei-

steten Arbeitsverhältnissen, Sorge um steigende Kriminalität und Gewalt) und aus einer Lebensplanung, in der Arbeitslosigkeit faktisch nicht vorkam. Was mitunter als (N)ostalgie benotet wird, ist nicht die Rückbesinnung auf Ideologieinhalte, die in der DDR vermittelt worden sind, sondern Ergebnis einer Neubewertung und Gewichtung von materiellen und sozialen Lebensbedingungen in Vergangenheit und Gegenwart. Ernstzunehmende restaurative Neigungen oder Bestrebungen gibt es in Ostdeutschland nicht (Tabelle 12).

Tabelle 12: Identifikation mit dem Gesellschaftssystem 1998 (in Prozent)

Altersgruppe von ... bis ... Jahre	Fühlen als Bundesbürger	am liebsten DDR wiederhaben	weder/ noch	ich weiß nicht/ keine Antwort
Gesamt	13	10	70	7
50 – 54	13	13	68	6
55 – 59	11	11	74	4
60 – 64	11	11	72	6
65 – 69	9	10	76	4
80 J. u. älter	26	6	55	13

Datenbasis: sfz/leben 50+ '98 (gewichtet).

Quelle: SFZ, Sozialreport 50+ 1998, Berlin 1998, S. 273.

Nur zehn Prozent wünschen sich das ostdeutsche Gesellschaftssystem zurück, wobei der etwas höhere Anteil bei den 50- bis 64jährigen mehr auf die gegenwärtigen Probleme des Arbeitsmarktes (Arbeitslose 17 Prozent) als auf das Bedürfnis nach Wiederherstellung der alten Ordnung zurückzuführen ist.

Der Vereinigungsprozeß ist aus ostdeutscher Sicht die Integration in die Bundesrepublik Deutschland. Daß sich relativ wenige Ostdeutsche als Bundesbürger fühlen, hängt mit der gesamtwirtschaftlichen Lage, der Erosion der sozialen Sicherungssysteme und mit dem derzeitigen Stand der Integration zusammen. Im bisherigen Verlauf des Vereinigungsprozesses wurden große Teile der Bevölkerung aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt, und auf der kulturell-diskursiven Ebene ist die Kommunikation zwischen Ost und West gestört²³.

²³ Vgl. Lothar Fritze, Gestörte Kommunikation zwischen Ost und West, in: Deutschland Archiv, 29 (1996) 6, S. 921–928.

Der Prozeß der Transformation der früheren DDR-Gesellschaft und ihre Integration in die institutionellen Strukturen ist abgeschlossen, die wirtschaftliche, soziale und identifikatorische Integration wird noch lange anhalten. Die Vollendung der „inneren“ deutschen Einheit wird nicht ohne den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu erreichen sein.

IV. Resümee

Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie, vom zentralistischen Wirtschaftssystem zur Marktwirtschaft und der sozialpolitische Systemwechsel brachten insbesondere den Rentnerinnen und Rentnern beträchtliche Verbesserungen in den Bereichen Einkommen, Wohnen, Konsum und Infrastruktur. Beim Einkommen und beim Lebensstandard läßt sich, trotz noch vorhandener Unterschiede, eine Annäherung an das westdeutsche Niveau erkennen. Die zwischen 45 und 60 Jahre alten verbuchen für sich Gewinne beim Waren- und Dienstleistungsangebot, bei der Reisefreiheit und der persönlichen Freiheit sowie Defizite bei der sozialen Sicherheit, bei Arbeit und Einkommen, aber auch bei den sozialen Beziehungen. Die Erwerbsbiographien und Einkommensverläufe der rentennahen Jahrgänge werden künftig zu neuen und stärkeren sozialen Ungleichheiten zwischen den älteren Menschen führen. Davon werden, nach Lage der Dinge, vor allem Frauen betroffen sein.

Seit Mitte der neunziger Jahre findet in Ostdeutschland eine Neubewertung und Wichtung von materiellen und sozialen Lebensbedingungen statt, die wesentlich von der – für die Ostdeutschen neuen sozialen Erfahrung – Arbeitslosigkeit bestimmt wird. Auf die Lebenszufriedenheit und die Zukunftszuversicht wirken sich der relativ hohe Lebensstandard und die (früher vermißten) Konsum- und Reisemöglichkeiten letztlich weniger aus als der ehemals sichere Arbeitsplatz. Die älteren Menschen haben zu DDR-Zeiten zwar nicht besser gelebt, sich aber sozial sicherer gefühlt.